

Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Und wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** mit der laufenden Nummer 72 **Drucksache 14/3224**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Auch dieser Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 73: **Änderungsantrag Drucksache 14/3225**. Wer enthält sich bei diesem Antrag? – Niemand enthält sich. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD sind für diesen letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 03. Dennoch ist er **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3003**. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist für diesen Einzelplan, so wie er jetzt vorliegt? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen diesen Einzelplan in der vorgeschlagenen Form? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen in den Haushaltsberatungen zum **Einzelplan 08**:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Der Einzelplan umfasst die Teilbereiche Wirtschaft und Mittelstand, Energie sowie Landesplanung. Ich weise noch hin auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 74 bis 76 der Tischvorlage.

Ich eröffne hiermit die Beratung über den **Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“**.

Zu Wort gemeldet hat sich für den ersten Teilbereich für die SPD-Fraktion Herr Kollege Eiskirch. Das Rednerpult steht ihm offen. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bevor Herr Eiskirch beginnt, möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, Ihre Gespräche – wenn sie denn nötig sind – draußen fortzusetzen. Noch schöner wäre es natürlich, Sie würden im Saal bleiben und den Ausführungen des Redners der Opposition folgen. – Herr Eiskirch, Sie haben das Wort.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Vielen Dank. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland geht es wirtschaftlich wieder besser. Es gibt wieder mehr Wachstum, ein besseres Investitionsklima und etwas mehr Arbeitsplätze. Es muss zweifelsohne noch mehr geschehen, aber all das gibt es wieder.

(Beifall von einem Abgeordneten der CDU)

– Da klatscht jemand aus der richtigen Richtung. Das ist nämlich vornehmlich ein Verdienst der Wirtschaft und beruht auf den Rahmenbedingungen und Impulsen, die die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU richtigerweise gesetzt und gegeben hat.

(Lachen bei CDU und FDP)

Es ist völlig richtig, dass die Politik kein Wirtschaftswachstum schaffen kann. Sie kann aber Impulse geben und Rahmenbedingungen setzen. Die Große Koalition in Berlin hat genau das getan. Sie hat ein Wachstums- und Marktanzreizprogramm aufgelegt. Dieses umfasst 6 Milliarden € für zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, 9,4 Milliarden € für die Mittelstandsförderung – zum Beispiel für das wirklich gut anlaufende Gebäudesanierungsprogramm –, 4,3 Milliarden € für Verkehrsinvestitionen und 2,5 Milliarden € für die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Jeder Euro dient als Impulsgeber. Aus jedem Euro werden weitere Euros, weil Investitionen wiederum Investitionen nach sich ziehen. Das hat die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU gut gemacht.

In Berlin wird gehandelt. In Düsseldorf wird der Mond angeheult und gehofft, dass von den Impulsen aus Berlin möglichst viel in NRW ankommen möge, statt durch eigenes Handeln diese Entwicklung zu unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, hier in Düsseldorf gibt es auch keine FDP! – Beifall von der SPD)

Sie, Frau Ministerin Thoben, legen für das Jahr 2007 einen absolut impulsarmen Haushalt in Bezug auf die Bereiche Wirtschaft und Mittelstand vor, in dem Sie vornehmlich Landesgeld durch Geld anderer Ebenen ersetzen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass jeder Euro ...

(Unruhe – Der Redner wendet sich an den Präsidenten.)

Gilt das, was Sie vorhin zu den Kolleginnen und Kollegen gesagt haben, auch für die Regierungsbank?

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie haben das Wort, Herr Kollege, und die Regierungsbank lehnt sich jetzt schweigend zurück.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Frau Ministerin, man kann den Eindruck gewinnen, dass jeder Euro ungefähr dreimal durch einen anderen kofinanziert wird, dass Sie aber leider Gottes das dadurch freiwerdende Landesgeld nicht zusätzlich zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Frau Thoben, wenn Sie vom Sparen sprechen, habe ich mittlerweile den Eindruck, dass Sie nicht nur Geld meinen. Ihr Haushaltsentwurf macht deutlich: Sie sparen an Ideen! Ich meine Ideen, wie man die aufkeimende positive wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen unterstützt und stabilisiert.

Ideen sind gefragt, wenn Sie schon kein frisches Geld in die Hand nehmen. Sie sollten aufhören zu hoffen und dafür mehr handeln. Machen Sie sich das zumindest für die nächsten Haushalte zur Maxime.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist ein Prozess und die Bedingungen verändern sich immer wieder. Deshalb sind Ideen gefragt und nicht bloß die Fortführung der zweifelsohne richtigen Programme der Vorgängerregierung. Veränderte Bedingungen brauchen auch neue Antworten. Wir fordern Sie auf, endlich auch mit neuen Antworten zu kommen, und nicht nur – richtigerweise – alte Dinge fortzuführen, ohne sie durch Neues zu ergänzen.

Sie werden mir nun erwidern, dass Sie natürlich gehandelt haben, zum Beispiel 2006 durch die deutliche Erhöhung der Meistergründungsprämie.

(Beifall und Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Aber freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Kollege Brockes; das passiert Ihnen ja öfter. Denn Sie haben nicht die Meistergründungsprämie erhöht, Sie haben den Titelanatz für die Meistergründungsprämie erhöht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Hören Sie mir doch einmal in Ruhe zu. Sie haben den Titelanatz für die Meistergründungsprämie erhöht, die Bedingungen im Jahr 2006 a-

ber gar nicht verändert. So viele Neugründungen konnte es gar nicht geben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie haben unter diesem Haushaltstitel eine Freud- und-Leid-Kasse angelegt, um durch Deckungsvermerke ganz andere Dinge – keinesfalls aber die Gründungen – zu finanzieren!

(Beifall von der SPD)

Hören Sie doch auf!

Wenn das im Jahr 2006 mutlos war – man hätte die Bedingungen verändern können –, muss man sagen: Im Zuge dessen, was Sie jetzt machen, kann man nur von Feigheit sprechen.

Im Jahr 2006 sahen die Bedingungen so aus: 10.000 € gibt es für die Meistergründung in den strukturschwachen Gebieten. Das ist doppelt so viel wie im Rest des Landes, weil die Gründungsvoraussetzungen und die Gründungsintensität schwächer sind und man insofern mehr Geld braucht, um eine Gründung zu stabilisieren, die erste Zeit im Markt zu bestehen. Deswegen war es richtig, 10.000 € Meistergründungsprämie in den strukturschwachen Gebieten vorzusehen und 5.000 € im Rest des Landes.

In Kenntnis der 2006er Zahlen müssen wir für 2007 als allererste Reaktion der Ministerin mitnehmen, dass überall auf 5.000 € gekürzt wird, statt neues Geld in die Hand zu nehmen, um den richtigen Weg weiter zu gehen. Bis jetzt haben Sie das Geld nämlich nicht für die Meistergründung in die Hand genommen, sondern mit Deckungsvermerken für ganz andere Dinge. Es wäre der richtige Weg gewesen, dort etwas zu tun.

Ich bin froh, dass zumindest die Abgeordneten der CDU auf diesen Zug aufgesprungen sind, nachdem wir öffentlich Druck gemacht haben, weil es nicht sein kann, dass auf 5.000 € heruntergekürzt wird, statt ein von allen richtig anerkanntes Programm vernünftig fortzuführen. Ich bin froh, dass Sie über diesen Druck dazu gekommen sind, wenigstens überall im Land auf 7.500 € zu erhöhen, um den Haushaltstitel zumindest für das auszunutzen, was draufsteht. Damit drinsteckt, was oben draufsteht, haben Sie auf unseren Druck hin zumindest auf 7.500 € erhöht. Das ist ein richtiger Weg. Es ist schade, dass Sie nicht gleich selbst darauf gekommen sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Schreien hilft nicht, Herr Brockes.

(Beifall von der SPD)

Noch richtiger wäre es gewesen, in den Gebieten, die strukturschwach sind, einen Bonus vorzusehen, damit dort mehr gegründet werden kann. Sie hätten in den alten Ziel-2-Gebieten mindestens bei 10.000 € bleiben müssen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Damit gleich keine Ausflüchte kommen, lassen Sie sich gesagt sein: Sie dürften das auch. Sie dürfen die Meistergründungsprämie aus den Mitteln des alten Programms der Jahre 2000 bis 2006 auch in der Nachlaufzeit in diesen Gebieten weiter fördern. Das nur, damit gleich von dieser Stelle aus keine Ausreden kommen.

7.500 € im Land, 10.000 € in strukturschwachen Gebieten wären das richtige Signal an die Handwerker gewesen, die sich selbstständig machen wollen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Denn nur diese können das als Zuschuss mitnehmen.

Frau Thoben, da wir gerade beim Ruhrgebiet sind – dort gilt das ebenso: Endlich einmal handeln, statt nur reden!

Für die Periode 2007 bis 2013 fange ich nicht zum wiederholten Male mit dem an, was wir hier zum Ziel-2-Thema des Öfteren diskutiert haben. Ich halte es aber nicht für richtig, dass Sie das Ausgleichsziel, sozusagen den Grundtenor des EFRE-Programms, an die oberste Stelle stellen, sondern parallel versuchen, andere Ziele zu erreichen. Das ist deshalb nicht richtig, weil das Programm dazu da ist, diejenigen, die ein Stück hinterherhinken, wieder heranzuholen und dort vernünftige Bedingungen zu schaffen.

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, ich will auch nicht darauf zu sprechen kommen, dass es nicht richtig ist, nur 50 % in die strukturschwachen Gebiete – vor allem ins Ruhrgebiet – zu stecken, sondern ich will eine ganz neue Frage aufmachen, die die FDP freuen wird: Wo bleibt der Wettbewerb? Sie reden seit Wochen und Monaten, fast einem Jahr, davon, dass das in Wettbewerben gemacht wird. Und wir haben noch zehn Tage, bis das neue Jahr mit der Periode 2007 anfängt. Aber keiner kennt die Wettbewerbe, mit denen sich Kommunen und Unternehmen mit guten Projekten der Konkurrenz stellen. Keiner kennt die Bedingungen. Die EU gibt 1,3 Milliarden €, aber diese Landesregierung ist bis heute nicht in der Lage, die Wettbewerbe zu erläutern. Fragen über Fragen bleiben unbeantwortet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das findet die Ministerin lächerlich! – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist auch lächerlich!)

– Das geht ihr öfter so.

Welche Themen? Welche Zeitabläufe? Welche Mittelumfänge? Welche Teilnahmevoraussetzungen? Wie sehen die Startbedingungen aus? Wie wird Transparenz sichergestellt? Welches sind die strukturschwachen Regionen? – Keine Äußerung der Landesregierung zur Verausgabung von 1,3 Milliarden € in diesem Programm. Nichts!

(Beifall von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Sie wissen nicht, was Sie tun!)

Aber die Antworten interessieren nicht nur uns, Frau Thoben. Viel interessanter sind diese Antworten für die Unternehmer, für die Kommunen und die Regionen in Nordrhein-Westfalen. Die Antworten sind wichtig für die regionalen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen. Aber die Frau Ministerin schweigt. Und sie wissen nicht, was sie tun! In dem Fall gilt das für die Kommunen und Unternehmen, die Regionen, die nicht wissen, was sie tun sollen, um möglichst schnell Fördermittel für gute Projekte zu bekommen.

Wenn es schon keine Antworten zum Wettbewerb gibt, wäre es umso wichtiger gewesen, die Ziel-2-Gelder inklusive der Ko- und der Komplementärfinanzierung zusammengefasst in Ihrem Einzelplan abgebildet zu sehen. Ich weiß, dass Sie das wirklich wollten, Frau Ministerin, und Sie wissen, dass ich Ihnen dabei die Daumen gedrückt habe.

Aber wenn Sie sich gegen Herrn Pinkwart hätten durchsetzen wollen, hätten Sie den Rückhalt des Ministerpräsidenten und/oder des Finanzministers benötigt. Diesen Rückhalt haben Sie leider nicht, Frau Thoben. Ich bedauere dies und hoffe, dass es Ihnen beim Haushalt 2008 gelingen möge.

Wenn Ihnen das dann gelingen sollte, seien Sie doch einmal richtig mutig im Haushalt 2008 und fangen Sie nach zweieinhalb Jahren Regierungsverantwortung auch einmal mit neuen Ideen zur Förderung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Eiskirch, ich greife einmal Ihre letzte Bemerkung, Wirtschaftsministerin Thoben habe keinen Rückhalt, auf. Die einzigen Fraktionen, bei denen die Wirtschaftsministerin keinen Rückhalt hat, sind die Oppositionsfraktionen. Sie glauben gar nicht, was in den die Regierung tragenden Fraktionen für ein Rückhalt für diese Wirtschaftsministerin besteht.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie werden aber noch genug Zeit haben, das zu erleben. Denn das, was wir – die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die sie tragenden Fraktionen – hier gemeinsam machen, wird auch, soweit es um die Wirtschaftspolitik geht, das Land Nordrhein-Westfalen verändern, und zwar deswegen, weil es dringend nötig ist. Sie haben das 39 Jahre lang nicht getan. Wir werden das tun. Darauf freuen wir uns schon.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Perspektiven der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und des Mittelstandes zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen – das haben Sie zutreffend formuliert, Herr Kollege Eiskirch – in Deutschland im Allgemeinen wie auch in Nordrhein-Westfalen im Besonderen mit wachsendem Optimismus nach vorne blicken. Nach einer Wachstumsprognose für das laufende Jahr in Höhe von 2,3 % prognostiziert das RWI für das kommende Jahr immer noch 1,9 % Wachstum. Dabei ist wichtig, dass die konjunkturellen Antriebskräfte nach wie vor intakt sind.

Diese positive Entwicklung zeigt sich zum einen in den steigenden Auftragseingängen aus dem Ausland, also in der positiven Entwicklung der Exportwirtschaft. Viel wichtiger ist jedoch zum anderen, dass auch in der Binnenkonjunktur eine deutliche Erholung zu verzeichnen ist. Wirtschaftliches Wachstum ist dabei vor allem von den Rahmenbedingungen abhängig, die Politik setzt.

Sie haben diese Rahmenbedingungen bewertet und gesagt, alles komme von der Bundesregierung. Ich lasse das einfach einmal so stehen. Das muss man im Grunde nur zitieren. Das erklärt sich von selber. Der Kollege Brockes ist offenkundig willens, dazu gleich noch ein paar Ausführungen zu machen; ich lasse ihn.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber gnädig!)

Wirtschaftliches Wachstum ist Aufgabe der Politik. Die Wirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist allerdings der Akteur, der dieses

Wachstum erzeugt. Deswegen sollten wir zu den Werten der freiheitlichen Gesellschaft zurückkehren und auf die Leistungsbereitschaft und Solidarität der Akteure setzen. Das geht nur durch eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft und nur dadurch, dass wir die überzogene Regelungspolitik der Vergangenheit hinter uns lassen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das machen Sie beim Thema Energie hervorragend!)

Trotz Einsparungen und einem Rückgang der Gesamtausgaben um 37 Millionen €, also um rund 3,6 %, konnten die Mittel zur Förderung der Wirtschaft und zur Energieverwendung im Jahr 2007 deutlich erhöht werden. Der Grund hierfür liegt in der Rückführung der Kohlehilfen im nächsten Jahr. Somit konnten die Einsparungen insgesamt abgedeckt werden.

Der vorliegende Haushalt des Wirtschaftsministeriums verdeutlicht eindrucksvoll, was es bedeutet, wenn durch eine nicht zukunftsgerichtete Politik der Vergangenheit Handlungsspielräume eingeschränkt werden und keine Luft mehr da ist für eine zukunftsgerichtete Gestaltung. In wohl keinem Einzelplan des vorliegenden Haushalts wird dies so deutlich wie in diesem Einzelplan der Wirtschaftsministerin; denn mehr als 50 % der Etatmittel werden gezwungenermaßen immer noch allein für die Subventionierung der Steinkohle verwendet, also für eine vergangenheitsorientierte Politik – eine astronomisch hohe Summe für die Subventionierung von rund 30.000 Arbeitsplätzen, die vor dem Hintergrund von 1 Million Arbeitslosen in diesem Land aus unserer Sicht dauerhaft in keiner Weise mehr zu vertreten ist.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten wir so engagiert daran, dass in Berlin im Kohlekompromiss unter Einschluss aller Beteiligten ein Ausstiegsdatum aus dem Steinkohlebergbau festgeschrieben wird. Die Menschen in diesem Land werden es uns danken, weil dadurch Geld frei wird, das viel besser für Forschung und Entwicklung, für Innovation und für zukunftsgerichtete Projekte investiert werden kann. Die Wirtschaft in unserem Land wird froh darüber sein.

Eine gute Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, bemisst sich keinesfalls an der Höhe von Subventionen und der großzügigen Ausstattung von Förderprogrammen; vielmehr ist eine gute Wirtschaftspolitik eine Politik, die Wahrheit und Klarheit in den Vordergrund des Handelns stellt, klare Linien aufweist, berechenbar ist und langfristiges Vertrauen schafft.

Eine gute Wirtschaftspolitik bemisst sich allein daran, wie man durch verlässliche Strukturen

Menschen und Betriebe dazu bringt, wieder eigenständig unternehmerisch tätig zu werden. Der Staat muss sich zurücknehmen und den Einzelnen wieder zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ermutigen. Weg von der Regelungspolitik, hin zur Ordnungspolitik – das ist der Kompass des Haushalts, der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ganz besonders, dass die Wirtschaftsministerin den Mittelstand in den Fokus ihrer Politik gerückt hat. Durch die Beibehaltung der Erhöhung der Meistergründungsprämie zeigt sich, dass wir alle Möglichkeiten nutzen, um neue Existenzen zu gründen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Insolvenzquote von lediglich 3 % – ich wiederhole noch einmal, was heute Morgen gesagt worden ist: damit liegen wir in Deutschland an der Spitze – in den ersten fünf Jahren verdeutlicht die Wirksamkeit dieses Programms. Auf diese Weise werden dauerhaft Existenzen geschaffen.

Ein weiterer Baustein sind die Beratungsprogramme im Bereich des Mittelstandes und für Existenzgründer, die die Qualität und Bestandsfestigkeit der jungen Unternehmen sichern sollen.

Die Wirtschaftsministerin hat bei ihrem Amtsantritt ein Konglomerat von verschiedenen Beratungsangeboten angetroffen. Dies wird strukturiert, so dass die Betroffenen tatsächlich einen Nutzen davon haben. Auch das ist ausgesprochen sinnvoll.

Die gleiche Handschrift zeigt sich bei der Ausgestaltung zukünftiger Förderprogramme. Es wird keine trennscharfe Abgrenzung bei den Ziel-2-Fördergebieten mehr geben, vielmehr wird es darum gehen, die Fördermittel im Wettbewerb zu vergeben. Die Qualität der Einzelvorhaben wird dabei im Vordergrund stehen. Durch die Vergabe der Mittel im Wettbewerbsverfahren wird ein grundlegender Mentalitätswandel eingeleitet. Nicht ein bestimmter Förderstatus der Region oder ein geografischer Standort, sondern allein das Potenzial der Idee ist somit entscheidend.

Meine Damen und Herren, Motor für den Erfolg unserer Wirtschaft war und ist der Export. Daher ist eine gezielte Außenwirtschaftspolitik wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Gerade in unserem Mittelstand gibt es zahlreiche Hidden Champions. Diese unbekanntesten Weltmarktführer sind oft kleine und mittelständische Unternehmen, die unauffälligen Produkten große Marktanteile am Weltmarkt ermöglichen. Sie tragen einen entscheidenden Anteil zur Leistungsbilanz unseres Landes bei, ohne den Facetten und Symptomen

von Großunternehmen zu verfallen. Diese Unternehmen sind Pioniere auf ihrem Gebiet und unverzichtbares Element bei der Entwicklung und Steigerung der Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Der bekannte Wirtschaftsfachmann Kerkhoff hat es schon früh gesagt: Die Wirtschaft muss durch kompetente Mitarbeiter selbst innovative und gute Leistungen erbringen. Soweit ich weiß und so, wie wir das sehen, findet das derzeit in hervorragender Weise statt.

Ohne Frage wären noch weitere Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik wichtig und hilfreich, aber auch die aktuelle Wirtschaftspolitik – darauf hat Frau Thoben vielfach hingewiesen – stößt an die Grenzen einer politischen Hinterlassenschaft der leeren Kassen.

Deshalb gilt umso mehr, dass es zu einem grundlegenden Umdenken kommen muss, damit in Zukunft die heimische Wirtschaft weiter belebt, Arbeitsplätze geschaffen und Geld verdient wird, um wieder Gestaltungsräume zu eröffnen, die die Zukunft sichern.

Diesem Gedanken tragen der Ihnen vorliegende Haushalt des Wirtschaftsministeriums, das bisherige Handeln des Wirtschaftsministeriums und der die Regierung tragenden Fraktionen Rechnung. Wir werden alles daransetzen und alles dafür tun, NRW wieder nach vorne zu bringen. NRW kommt wieder! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lienenkämper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe wenige Verbliebene auf den Tribünen! Ich möchte in meinem ersten Beitrag zum Haushaltsplan 08 auf vier Punkte und mit ein paar Worten auf die Kohle eingehen.

Es gibt in dem Haushaltsplan 08 neben der Steinkohle sozusagen auch einen Resthaushalt. Dieser Resthaushalt macht ein weiteres strukturelles Problem des Einzelplans 08 deutlich. Von den rund 330 Millionen bis 340 Millionen €, die dem Einzelplan 08 für Wirtschaftsförderung stehen, entfallen ungefähr 270 Millionen € auf die EU-Programme, ca. 50 Millionen € auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und lediglich 20 Millionen €

auf titelscharf ausgewiesene, inhaltlich konkret zuzuordnende Förderprogramme wie zum Beispiel das Programm Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, Meistergründungsprämie, die mehrfach angesprochen wurde, und Tourismusförderung.

Das heißt, die Wirtschaftsförderung des Landes vollzieht sich im Wesentlichen in den EU-Programmen. Für uns Abgeordnete sind diese EU-Programme aber im Wesentlichen eine Blackbox. Sie sind im Detail nicht nachvollziehbar und nicht kontrollierbar; sie werden als Blackbox verabschiedet. Was mit den Mitteln, die dort eingestellt werden, konkret passieren soll, können wir nicht nachvollziehen und steht auch nicht im Haushalt. Irgendwann bekommen wir dann voraussichtlich einen dicken Band mit dem Titel: „NRW-Ziel-2-Programm EFRE 2007 bis 2013“. Denjenigen, die sich damit befassen, wird sich dann im Jahre 2014 ein Stück weit erschließen, was in den Einzelmaßnahmen gemacht wurde.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Frühestens!)

– Frühestens 2014/2015. – Über dieses Programm wird in Gremien entschieden, in denen dieses Haus schlichtweg nicht präsent ist. Man sollte sich sehr gut überlegen, ob das für Abgeordnete, die den Haushalt verabschieden, auf Dauer akzeptabel und vernünftig ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nach Abzug der Mittel für den Steinkohlebereich stecken 70 bis 80 % des Wirtschaftsetats in diesen Töpfen. Das ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar. Frau Thoben könnte das ändern. Dies hatten wir ja auch zum Ziel unseres Antrags zu den Ziel-2-Programmen gemacht. Frau Thoben will in der neuen Förderperiode das entsprechende Gremium, den Ziel-2-Begleitausschuss, neu besetzen. Sie hat angekündigt, den Ausschuss von 30 auf 40 Plätze zu erweitern, um so im Sinne des neuen horizontalen Programmzuschnitts jede Region einbeziehen zu können. Richtig wäre es auch, zumindest je ein Mitglied der im Haus vertretenen Fraktionen einzubeziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wäre ein wichtiger Schritt, um die parlamentarische Steuerungsfunktion, die die Verfassung diesem Haus in Verbindung mit der Haushaltsverabschiedung zuschreibt, die in der Praxis aber immer weiter erodiert, zumindest ein Stück weit herzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Thoben, ich appelliere an Sie: Setzen Sie an dieser Stelle den konstruktiven Prozess, den Sie in Verbindung mit der Erarbeitung der Leitlinien und Schwerpunkte des Ziel-2-Programms 2007 bis 2013 initiiert haben – das will ich ausdrücklich anerkennen –, fort. Setzen Sie auch weiterhin auf einen Dialog mit diesem Haus in der Breite aller Fraktionen!

Ich komme zum zweiten Punkt, der Außenwirtschaftsförderung. An der Stelle komme ich nicht umhin, das, was bisher an Neustrukturierung der Außenwirtschaftsförderung betrieben worden ist, anzusprechen, also die Fokussierung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) auf die Aufgaben Standortmarketing und Investorenakquise sowie die Gründung einer neuen Außenwirtschaftsgesellschaft NRW International, in der der Außenbereich gebündelt werden soll.

Es ist zu begrüßen, dass die Neuordnung darauf abzielt, Doppelzuständigkeiten zu beseitigen, Kompetenzen klarer zuzuschneiden. Ich habe jedoch Bauchschmerzen damit, wenn Sie sagen, dass die Außenwirtschaft praktisch völlig aus der Ministeriumsstruktur herausgelöst und an eine ausgelagerte Gesellschaft komplett abgegeben wird. Das kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben uns ja angesehen, wie das in anderen Bundesländern gehandhabt wird. Gesellschaften mit ähnlicher Aufgabenrichtung gibt es ganz konkret in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

In diesen Ländern ist das Land als Gesellschafter beteiligt, entweder maßgeblich oder es ist sogar alleiniger Gesellschafter. An Baden-Württemberg International ist Baden-Württemberg mit 51 % und an der Bayern International ist Bayern sogar mit 100 % beteiligt. Das heißt, dort liegt die Steuerungsfunktion bei den Ländern. Hier ist es so, dass Sie alles an die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und an die NRW-Bank abgeben wollen. Das kann eigentlich ein Parlament nicht mit sich machen lassen.

Hinzu kommt, dass Sie in den Haushalt Mittel in einer Gesamthöhe von 4,75 Millionen € eingestellt haben. In der ersten Ergänzungsvorlage ist die Neustrukturierung abgebildet. Jetzt stellt sich heraus, dass von den 4,75 Millionen € allein 2,1 Millionen € für die institutionelle Förderung der neuen Gesellschaft aufgewendet werden sollen. Das geht also von der direkten Förderung weg. Das heißt, es gibt weniger Geld für die Ziele und mehr Geld für den Apparat. Das ist aus unserer Sicht nicht vernünftig. Sie sollten noch einmal überle-

gen, ob die Aussage „Mit weniger Geld mehr fördern“ zu halten ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Redlichkeit halber möchte ich noch einen positiven Punkt erwähnen. Sie haben in dem Haushalt Mittel für Bereiche veranschlagt, die wir im Wirtschaftsausschuss mit Anhörung konsensual diskutiert haben. Bezüglich Microlending, worüber wir mehrfach diskutiert haben, sind im Haushalt in Kapitel 030 in der Titelgruppe 71 für eine Bedarfsanalyse für das Projekt Microlending Mittel eingestellt. Im operationellen Ziel-2-Programm von 2007 bis 2013 gibt es mit der Überschrift „Finanzierungshilfen für Existenzgründung“ einen Maßnahmenbereich Mikrofinanzierung. Insofern haben die Diskussion im Ausschuss und die Anhörung einen positiven Effekt gehabt.

Ich komme zur Meistergründungsprämie. Hierzu hat bereits Herr Eiskirch eine Reihe von Anmerkungen gemacht. Wir sind uns ja darin einig, dass das ein vernünftiges Instrument ist. Ich meine nur, dass man kritisch überprüfen sollte, warum Sie es ausschließlich an die Existenz des Meisterbriefes anbinden. Das leuchtet mir immer noch nicht ein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem Ziel, Existenzgründungen hinzubekommen und dies an Kriterien zu binden – man muss in einem bestimmten Zeitraum neue Arbeitsplätze schaffen –, bin ich einverstanden. Aber Sie wissen, dass durch die Reform der Handwerksordnung – ich meine die §§ 7b und 8 der Handwerksordnung – auch Menschen, die längere Zeit als Gesellen in einem bestimmten Bereich tätig waren, die Möglichkeit haben, sich selbstständig zu machen. Warum diejenigen, die das explizit nach der Handwerksordnung dürfen, nicht unter dieses Programm fallen, obwohl es von den sachlichen Kriterien her – also der Pflicht, in einem bestimmten Zeitraum ein oder zwei Leute einzustellen – genauso angewendet werden könnte, verstehe ich nicht. Warum für diese Menschen das nicht gelten soll, warum man deren Weg in die Selbstständigkeit nicht genauso positiv fördert wie bei anderen, leuchtet mir nicht ein. Das ist ein Stück weit eine ideologische Fixierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie versäumen es hier, das gesamte Gründungspotenzial auszuschöpfen.

Ich habe noch drei Minuten Redezeit und möchte auf die aktuell laufende Steinkohledebatte eingehen. Aus meiner Sicht ist es gerade in den letzten vier bis fünf Wochen eine der chaotischsten politischen Debatten, die ich jemals erlebt habe. Es ist

eine chaotische Debatte bei aus meiner Sicht weitestgehender Unkenntnis der Fakten und bei völliger Intransparenz der Kosten. Das ist das Verblüffende. Darüber erfahren wir bislang nur aus den Zeitungen, obwohl wir als Abgeordnete darüber entscheiden müssen.

Ich glaube, dass die Diskussion, so wie sie jetzt läuft – wir haben heute den aktuellen Aufschlag von RWE und Thyssen dazu erhalten –, eine Diskussion ist, die zu keinem vernünftigen Ergebnis führt. Meine Sorge ist, dass das, was einmal als positives Grundmerkmal angedacht war – ein Börsengang des weißen Bereiches der Kohle, der diesem ermöglicht, wirtschaftlich selbstständig zu laufen, und ein Ausstiegsprogramm mit einer vernünftigen Zeitachse für die Kohle selber, das wir unter Verständigung auf Rahmenparameter erarbeiten, damit sich der eine Bereich vernünftig zurückentwickeln und der andere frei seinen Weg gehen kann –, jetzt unter einem ganz hohen Risiko steht.

Wenn man berücksichtigt, dass die RAG selber gerade den Bereich Bergbautechnik für rund 700 Millionen € verkauft hat, dann ist das der erste Schritt zur Auflösung des Konzerns. Wenn diese Diskussion so weiter geht und im Januar nicht zum Abschluss kommt, dann steht der ganze Börsengang in Frage. Da müssen sich diejenigen, die Positionen, über die bereits ein weitestgehender Konsens bestand, jetzt wieder geräumt haben, fragen, ob das ihr Ziel ist und ob es für das Land vernünftig ist.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Ich meine, das wäre es nicht. Bei aller Involviertheit und Leidenschaft bei dem Thema sollte man schauen, dass man im Januar zu einem Abschluss kommt und allen Beteiligten klaren Wein einschenkt. Der Weg kann nicht das unglaubliche Zick-Zack und der unglaubliche Hin-und-Her-Prozess der letzten Wochen sein.

Wenn man sich das KPMG-Gutachten durchliest, das wir mittlerweile bekommen haben, und im Detail schaut, wie weit man bei den einzelnen Prozessen schon war – bis hin zu detaillierten Aussagen, zum Beispiel, dass die Förderung 2012 auf 12 Millionen t mit Vorziehung von Stilllegung zurückgefahren werden sollte, weil man mit dem Geld nicht hinkommt –, dann kann jetzt nicht wieder eine Diskussion eröffnet werden, als ob man mit dem Geld von 2012 noch 16 Millionen t fahren könnte. Es weiß jeder, dass das überhaupt nicht geht. Insofern sind das eine Reihe von Nebelkerzen.

Ich habe die Bitte, im Januar tatsächlich zum Abschluss zu kommen, damit man das Thema hier vernünftig beschließen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und das Konsumklima sind so gut wie schon lange nicht mehr. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe unseres Landes liegen um 9 % höher als im Vorjahr. Mit einem Zuwachs von 13 % haben sich die Bestellungen aus dem Inland besonders positiv entwickelt. Auch der Exportmotor läuft auf Hochtouren. Die Warenausfuhren liegen gegenwärtig um 15 % höher gegenüber dem Vorjahreswert.

Bei den Unternehmerinsolvenzen ist ein drastischer Rückgang zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2006 waren es 25,4 %, im dritten Quartal sogar 40,8 % weniger Unternehmensinsolvenzen als im Vorjahr. Dabei war der Rückgang der Firmenpleiten in Nordrhein-Westfalen deutlich größer als im Bundesdurchschnitt.

Besonders erfreulich, meine Damen und Herren, ist, dass dieser Aufwärtstrend endlich auch den Arbeitsmarkt erreicht hat. Im September lagen wir seit Februar 2005 erstmals wieder unter der psychologisch wichtigen Marke von einer Million Arbeitslosen. In den vergangenen zwölf Monaten konnte die Zahl der Arbeitslosen um 112.000 Menschen verringert werden.

Seit Juni wurden 116.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Es ist gerade wichtig, dass es sozialversicherungspflichtige Plätze sind. Davon profitieren zunehmend auch die langzeitarbeitslosen Menschen. 41.130 haben seit November des letzten Jahres endlich wieder einen Job gefunden.

Meine Damen und Herren, während Herr Eiskirch den Bund dafür verantwortlich macht, behauptet niemand, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen allein auf das Konto der schwarz-gelben Koalition zurückzuführen ist. Die stabile Weltkonjunktur, die milden Temperaturen sowie einmalige Nachfrageeffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung haben die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Tatsache ist aber auch, dass uns nach eineinhalb Jahren Regierungsarbeit mit vielen Reformprojekten der erfolgreiche Einstieg in die marktwirt-

schaftliche Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen gelungen ist.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Konkret bitte!)

Das Klima für Existenzgründungen, für Investitionen und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hat sich nach Einschätzung der Wirtschaft und ihrer Verbände bereits merklich verbessert. Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg, den Rückstand zu den anderen Bundesländern aufzuholen, und das, lieber Kollege Eiskirch, können Sie nun wirklich nicht der Bundesregierung anlasten.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist alles heiße Luft!)

Meine Damen und Herren, eine gute Wirtschafts- und Mittelstandspolitik lässt sich nicht an der Zahl oder der finanziellen Ausstattung von Förderprogrammen erkennen. Das gilt in besonderer Weise für die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, weil hier die finanziellen Spielräume der Wirtschaftsministerin aus den bekannten Gründen besonders eng sind. Herr Kollege Priggen hat eben nicht zu Unrecht von einem Resthaushalt gesprochen.

Der Haushalt des Landes wird im nächsten Jahr endlich wieder verfassungskonform sein. Das heißt: Es wird mehr investiert als neue Schulden gemacht. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis schmerzhafter Einsparmaßnahmen auch im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Die Konsolidierungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist jedoch kein Selbstzweck. Eine solide Haushaltspolitik ist zugleich auch eine gute Wirtschaftspolitik. Gesunde Staatsfinanzen sind eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.

Meine Damen und Herren, so ist es empirisch belegt, dass Bundesländer mit solider Haushaltspolitik im Standortwettbewerb erfolgreicher sind als andere. CDU und FDP richten ihre Regierungsarbeit an den ordnungspolitischen Grundsätzen „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“, „Erarbeiten vor Verteilen“, „Verlässlichkeit statt Beliebigkeit“ aus.

(Beifall von der FDP)

Diesen Prinzipien fühlen wir uns vor allem in der Wirtschaftspolitik verpflichtet. Rot-Grün hingegen hat eine Politik gemacht, bei der die Vorzeichen genau andersherum waren.

(Frank Sichau [SPD]: Falsch!)

Wohin dies geführt hat, ist bekannt: Rekordverschuldung, Rückstand beim Wirtschaftswachstum, verschreckte Investoren, Rekordarbeitslosigkeit und ein nicht bewältigter Strukturwandel im Ruhrgebiet. Da, lieber Kollege Eiskirch, frage ich doch, wenn Sie die gute Arbeit der Großen Koalition in Berlin rühmen: Wer war denn vor der Großen Koalition in Berlin an der Regierung, und warum war es da so schlecht?

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass Private die größere Kompetenz zur Lösung wirtschaftlicher Probleme haben. Wir wollen die Kreativität und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen nicht durch Reglementierungen, staatliche Konkurrenz und wettbewerbsfeindliche Steuer- und Abgabenlasten einschränken.

Das heißt auf der anderen Seite nicht, dass sich der Staat seiner sozialen Verantwortung entledigen darf. Deshalb haben wir zum Beispiel beim Ladenöffnungsgesetz den Einzelhändlern nicht nur die wirtschaftliche Freiheit gegeben, die Geschäfte an Werktagen gemäß den Bedürfnissen der Kunden zu öffnen, sondern wir haben ihnen zugleich einen weitgehenden Sonn- und Feiertagsschutz vorgegeben.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben ein subsidiäres und freiheitliches Verständnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und vertrauensvolle Zusammenarbeit haben bei uns Vorfahrt vor staatlicher Reglementierung. Die Handlungsmaxime der schwarz-gelben Koalition, dass der Staat nicht das regeln muss, was auch durch freiwillige Vereinbarungen erreicht werden kann, lässt sich auch am Beispiel des Dialogs „Wirtschaft und Umwelt NRW“ verdeutlichen,

(Beifall von der FDP)

den die Landesregierung mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ins Leben gerufen hat.

Meine Damen und Herren, in den zehn Jahren grüner Umweltpolitik wurde die Wirtschaft immer nur als Feind begriffen, den man mit den Instrumenten des Ordnungsrechts an die Kette legen muss. Dies hat zu einem Wust an ineffizienten staatlichen Regulierungen und einer undimensionierten Kontrollbürokratie geführt. Innovationen, kreative Lösungen zur Verbesserung des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Dynamik wurden so im Keim erstickt.

Im Unterschied zu Rot-Grün sehen wir nicht nur den Staat in der Verantwortung für den Schutz

unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wir setzen vorrangig auf die ökologische Verantwortung der Wirtschaft.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Umweltrechtliche Auflagen und Standards können überall dort entfallen, wo freiwillige Vereinbarungen die besseren Ergebnisse für die Umwelt hervorbringen.

Meine Damen und Herren, im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik stehen die 723.000 mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind das eigentliche Rückgrat der NRW-Wirtschaft. Sie schaffen die dringend benötigten Arbeitsplätze. Sie schaffen die ebenso notwendigen Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es eines unserer wichtigsten Ziele, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand und für die Existenzgründer möglichst optimal zu gestalten. In sogenannten Mittelstandspaketen hat die Landesregierung konkrete Maßnahmen gebündelt, mit denen kleine und mittlere Unternehmen wirksam unterstützt werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Dabei geht es um Maßnahmen zur Stärkung der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands und um die Abschaffung überflüssiger bürokratischer Vorschriften.

Erst am Dienstag dieser Woche hat das Kabinett das dritte Mittelstandspaket mit neuen Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstandes beschlossen. Unter anderem wird der Berufsschulunterricht deutlich flexibler als bisher gestaltet, womit weitere Ausbildungshemmnisse abgebaut werden.

(Frank Sichau [SPD]: Das glauben Sie auch noch?)

Darum möchte ich einen ganz besonderen Dank seitens der Wirtschaftspolitiker an unsere Bildungsministerin Frau Sommer richten. Es ist für uns sehr wichtig, dass die Schulen flexibel auf die Unternehmen zukommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, im Fokus der Mittelstandspolitik stehen vor allem Unternehmensgründungen. Sie geben der Wirtschaft neue Impulse, etwa indem innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier hat Nordrhein-Westfalen allerdings noch erheblichen Nachholbedarf. Mit einer Selbstständigenquote von 10 % liegt NRW

1 % unter dem westdeutschen Durchschnitt. Im Ruhrgebiet liegen wir leider nur bei 9 %.

Um potenzielle Unternehmer zu ermutigen und dabei zu unterstützen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, werden landesweit Startercenter eingerichtet, in denen Gründungsberatung und Abwicklung von Gründungsformalitäten aus einer Hand bewerkstelligt werden.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Augenmerk der Mittelstandspolitik und hier speziell der Förderung von Gründungen gilt dem nordrhein-westfälischen Handwerk, dem mit rund 165.000 Betrieben und einer Million Beschäftigten größten Arbeitgeber des Landes. Trotz der angespannten Haushaltslage gelingt es uns auch im nächsten Jahr wieder, 6,1 Millionen € für die Meistergründungsprämie zur Verfügung zu stellen,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zu wenig!)

dem effektivsten Instrument der Qualifizierungs- und Mittelstandsförderung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zu wenig!)

– Herr Kollege Bollermann, Sie sagen, das sei zu wenig.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

Sie müssen erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir den Berg an Anträgen, den Sie hinterlassen haben,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Was erzählen Sie denn da?)

der nicht gegenfinanziert war, abgebaut haben und dass wir jetzt dafür sorgen, dass jeder Existenzgründer zeitnah seine Mittel erhält.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt erzählen Sie doch keine Märchen! Märchenerzähler!)

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt noch sehr gerne auf die Ziel-2-Förderung eingehen, insbesondere weil der Kollege Priggen das angesprochen hatte. Ich lasse dies aber und komme zum Ende.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem wirklich guten Weg in der Wirtschaftspolitik. Wir sind aber noch längst nicht dort, wo wir hinwollen. Aber, ich danke Ihnen, Frau Ministerin Thoben, dass Sie mit uns gemeinsam die Rahmenbedin-

gungen so gesetzt haben, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder bergauf geht. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht nun die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf einzelne Beiträge aus dieser Debatte eingehe, einige Anmerkungen zum Einzelplan 08!

Wir haben ein anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik, Herr Eiskirch; das wird immer offenkundiger. Sie können sich das nur als Summe von Bewilligungsbescheiden vorstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Sicht teilen wir nicht. Ganz einfach!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine totale Fehlinterpretation!)

Wir sind mit dem Ziel angetreten, den Haushalt zu sanieren, damit das Land wieder Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft gewinnt. Ich unterstütze diesen Kurs. Damit kein Missverständnis auftritt: Es ist nicht so, dass ich die Auswirkungen, die ein solcher Kurs für meinen Einzelplan mit sich bringt, nur ertrage, nein: ich trage diesen Kurs.

Ich möchte keine Klagelieder darüber anstimmen, dass der Wirtschaftshaushalt zu nahezu 60 % von Kohlesubventionen bestimmt ist. Wir sind auf dem Weg, dies zu ändern. Das wissen Sie. Dagegen wehren Sie sich. Alles, was Sie öffentlich dazu sagen, bedeutet noch mehr Geld.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eiskirch?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

Wir haben uns im Haushalt für das Jahr 2007 darauf konzentriert, das verbleibende Budget – das sind immerhin noch rund 415 Millionen € – zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Lassen Sie mich wenige Stichworte nennen: Meistergründungsprämie. – Sie beklagen, dass wir nicht länger eine unterschiedliche Förderung

im Ruhrgebiet und in anderen Teilen des Landes vornehmen.

(Zuruf von der SPD: Nein, dass Sie kürzen!)

– Nein, nein! Sie beantragen weiterhin eine unterschiedliche Förderung. – Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass der erhöhte Förderbetrag für das Ruhrgebiet nicht den gewünschten Effekt hatte. Eine auffallend höhere Gründungsdynamik im Ruhrgebiet war nicht festzustellen. Vielmehr differiert der Zuwachs an Selbstständigen landesweit und innerhalb des Ziel-2-Gebietes sehr stark.

Herr Priggen, natürlich haben wir Ihre Anregung überprüft, ob man das nicht auf andere Gründungen ausweiten kann. Sie kennen die Debatte aus der Beratung im letzten Jahr. Das wäre mit den veranschlagten Haushaltsmitteln vorne und hinten nicht darstellbar. Das muss man wissen. Wenn man es ausweitet, geht es nicht mehr; man bräuchte dafür sehr viel mehr Geld.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis zur Außenwirtschaftsförderung geben. Ich glaube, es war überfällig, diese neu zu sortieren. Ich will nicht an Untersuchungsausschüsse erinnern. Was aber in zurückliegenden Jahren über diese undurchsichtige Konstruktion finanziert wurde, möchte ich nicht verantworten müssen. Deshalb kommt es zur Neustrukturierung und zum Neuaufbau: Ausrichtung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung auf das Incoming-Geschäft, also Investorenakquise und Standortmarketing, und Ausrichtung von NRW International auf Abwicklung von Messeförderung und solchen Programmen. Auch hier hat die Abwicklung bisher nicht im Ministerium gelegen. Was Sie sagen, stimmt nicht. Wir wollen den rein operativen Teil wirtschaftsnäher organisieren. Die politische Steuerung bleibt im Haus.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie haben mehr vor als Messeabwicklung, Frau Ministerin! – Marc Jan Eumann [SPD]: Dürfen Sie denn „Incoming“ noch sagen?)

– Solange der Ministerpräsident nicht da ist, bin ich ganz frei.

(Heiterkeit – Edgar Moron [SPD]: Aber der kann dann sehr böse werden! – Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben ein Kabinett der Harmonie und Einigkeit!)

– Über den Rest reden wir, wenn es amtlich und schwierig wird.

Herr Eiskirch, Sie haben eine Frage gestellt, auf die ich besonders gern eingehe. Sie beklagen, dass nicht alle Kofinanzierungsmittel im Etat des

Wirtschaftsministers etatisiert sind. Sie tun so, als ob das in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre.

(Widerspruch von der SPD)

– Ach so. Das haben Sie allerdings nicht so vorgetragen.

Wir haben sowohl im Haushaltsausschuss als auch in den beratenden Ausschüssen umfänglich dargelegt, welche Programme aus welchen anderen Ressorts für die Kofinanzierung herangezogen werden sollen. Da gibt es ausreichend Transparenz, sodass wir belegen können, dass die Kofinanzierung klappen wird.

Es ist ein Fortschritt, dass in der neuen Förderperiode eine ziemlich komplette Neuausrichtung gelingen muss, wir Wettbewerbsverfahren verabreden und auf diesem Wege, wie ich glaube, einen effizienteren Einsatz der Mittel erreichen können. Herr Eiskirch, das kam bei Ihnen gar nicht vor. Darüber haben Sie nichts gesagt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das haben wir doch schon ausgetauscht!)

Sie sagen im Gegenteil, ab dem 1. Januar wüssten die Unternehmen, die Regionen sowie die Oberbürgermeister nicht, was sie tun sollten, weil sie die Bedingungen nicht kennen würden. Ist Ihnen der Beratungsstand und der Stand der Genehmigung wirklich so unbekannt, wie Sie hier tun? Wir haben Ende November mit als erste Region europaweit die Unterlagen in Brüssel abgegeben. Das sind Berge!

(Dietmar Brockes [FDP] [zur SPD-Fraktion gewandt]: Kommen Sie doch einmal zu den Veranstaltungen!)

– Kommen Sie doch einmal zu den Veranstaltungen, in denen Hunderte von Landräten und Oberbürgermeistern sitzen, in denen Unternehmer sitzen und sagen: Gott sei Dank, wir kapierten es.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir waren dazu nicht eingeladen!)

– Die Abgeordneten sind immer eingeladen. Manchmal erscheinen auch welche, Herr Bollermann. Es ist so. Sie sind immer eingeladen. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wer extra nicht kommt, damit er hinterher sagen kann, er habe es nicht mitbekommen. Das ist doch lächerlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das Verfahren äußerst transparent gestaltet. Wir haben sehr viele Veranstaltungen

im Land durchgeführt – dies geschah übrigens fast immer zusammen mit den Regierungspräsidenten –, zu denen auch die Leute vor Ort eingeladen waren.

Wie ist der Stand? Ich habe gesagt, es ist in Brüssel abgegeben. Herr Eiskirch, auch wenn Sie dreimal brüllen – wir können nicht ab dem 1. Januar irgendetwas bewilligen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Habe ich überhaupt nicht gesagt!)

– So tun Sie aber. Sie sagen, wir hätten etwas versäumt, was schon dringend da sein müsste.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Brüllt er jetzt, oder tut er nur so?)

– Dann tut er eben nur so. Das kann auch sein. Er hat vorhin am Rednerpult Dinge vorgetragen, die in der Sache vorne und hinten nicht stimmen.

Die Veranschlagung der Mittel im Landeshaushalt ist transparent. Die parlamentarischen Beratungen dazu waren sehr offen.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben. Offenkundig scheinen insbesondere Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zu wenig mit ihren Oberbürgermeistern zu sprechen. Ich hatte diese alle zu einem ausführlichen Gespräch mit der Fachabteilung im Haus. Sie sind höchst zufrieden nach Hause gegangen und freuen sich auf die Neuausrichtung, weil sie sicher sind, dass ihnen das größere Chancen für gute Ideen eröffnet, als es bisher der Fall war.

(Zuruf von der SPD: Die freuen sich auf Weihnachten!)

Das ist auch deshalb möglich, weil wir keine regionale Abgrenzung mehr haben. Dann kann zum Beispiel eine Stadt wie Bottrop mit einer Universität außerhalb eines klassischen Ziel-2-Gebietes kooperieren und eine gute Idee realisieren. Wir sind sehr interessiert an dem, was sich die Oberbürgermeister aus dem Ruhrgebiet zutrauen.

(Beifall von der CDU)

Diese sagen: Wir brauchen keinen Bedürftigkeitswettbewerb;

(Beifall von CDU und FDP)

wir können belegen, dass wir etwas können; wir werden auch förderfähige Dinge formulieren.

Zu den Wettbewerben: Soweit wir die Wettbewerbe bisher aufgeschrieben haben, können Sie sie sogar im Internet abrufen, wenn Sie mögen, Herr Eiskirch. Das ist total transparent und zugänglich.

Vor Mitte nächsten Jahres werden wir die Genehmigung und die Zustimmung der EU nicht haben, weil diese mehrere hundert Anträge bescheiden muss. Auch dazu sagen die Oberbürgermeister, dass sie bis dahin selbstverständlich imstande sind, sich so aufzustellen, dass sie an den Wettbewerben teilnehmen können.

Herr Priggen, wunderbar, in einem Punkt stimme ich Ihnen sofort zu, und darüber denken wir auch noch einmal nach: Der Begleitausschuss für all diese Verfahren wird komplett neu berufen. Sie wissen – das haben wir auch in verschiedenen Veranstaltungen vorgetragen –, dass wir die Zahl erhöhen müssen. Die jetzige Überlegung ist von 30 auf 40. Ich halte Ihre Anregung für richtig, auch die Fraktionen des Landtags daran zu beteiligen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Ich bin auf die Mitwirkung des Parlaments und all die guten Ideen sehr gespannt.

Im Rahmen der neuen Förderung können wir auch Clusterbildung und Netzwerkbildung fördern. Da sind einige Teile des Landes schon längst unterwegs, sich aufzustellen. Die wissen sehr gut Bescheid, und sie kommen keineswegs nur aus dem Ruhrgebiet. Aber ist es wirklich vernünftig, wenn Herr Eiskirch sagt, wir betonen das Ziel „Stärken stärken“ zu stark? Das kann er nicht wirklich ernst meinen.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

„Stärken stärken“ kann man auch in einer strukturschwachen Region, Herr Eiskirch. Ich hoffe, das geht mal in Ihren Kopf.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich brauche keine Reservierung von Mitteln. Ich brauche den Wettbewerb um die guten Ideen. Das Ruhrgebiet selber ist Manns und Frau genug, um in diesem Wettbewerb mit sehr guten Projekten zu reüssieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bekomme eher umgekehrt in anderen Teilen des Landes die Rückfrage: Haben Sie nicht eine Reservierung von mehr als 50 % für das Ruhrgebiet und haben die nicht schon so lange geübt, dass wir, selbst wenn wir gute Ideen haben, das Verfahren nicht so gut beherrschen wie die? – Auf diese Debatte können wir wohl verzichten. Wir werden – das sage ich Ihnen gerne zu – auch über den Fortgang mit Ihnen sprechen, selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Eiskirch hat noch eine Zwischenfrage.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Habe ich Sie, Frau Ministerin, gerade richtig verstanden, ich würde „Stärken stärken“ für Quatsch halten?

(Ministerin Christa Thoben: Sie wollten mehr für Schwächenausgleich haben! Das haben Sie gesagt!)

– Oh, dann haben Sie aber „Stärken stärken“ noch nicht ganz verstanden, wenn ich das mal so sagen darf.

Das ist aber eine Zwischenfrage. Ich wollte Sie bitten, meine Rede im Protokoll nachzulesen und mir zu zeigen, dass ich gesagt hätte, „Stärken stärken“ wäre Quatsch. Denn „Stärken stärken“ bedeutet, dass man das, was die Regionen besonders gut können, unterstützt, um sie weiter voranzubringen. Das heißt aber bei weitem noch nicht, dass man nur dort, wo starke Regionen sind, weiter stärkt, sondern dass man es gerade mit einem Programm,

(Ministerin Christa Thoben: Deshalb ist die Förderung aufs ganze Land ausgerichtet!)

das darauf ausgerichtet ist, Ausgleich zu schaffen, hinbekommt, dort, wo Nachholbedarf ist, die Stärken so zu stärken, dass der Nachholbedarf kleiner wird und man aufholen kann.

(Zuruf von der CDU: Die Frage!)

Würden Sie mir darin zustimmen?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir werden sogar dafür sorgen, Herr Eiskirch, dass gute Ideen nirgendwo zu kurz kommen.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Wunderbar!)

Sie möchten eine Reservierung von mehr als 50 %,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ja, um dem Sinn des Programms nachzukommen!)

um den Ausgleich von Strukturmitteln zu organisieren. Das haben Sie gesagt. Es tut mir leid.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Mein Zutrauen ins Ruhrgebiet lasse ich mir von Ihnen ungern absprechen! Denn wir kommen beide aus der gleichen Stadt!)

– Dann lassen Sie sich beim nächsten Mal anders ein und betonen nicht wider besseres Wissen, dass wir keine ausreichende Vorkehrung für die Reaktion auf strukturelle Probleme getroffen haben. Wir sagen Ihnen zu, dass wir während der gesamten Förderperiode bereit und imstande sind, auch auf neu auftretende Probleme, wie zum Beispiel am Niederrhein, angemessen zu reagieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das haben wir übrigens sehr schnell getan. Dazu brauchen wir Ihre Hinweise nicht.

Eine allerletzte Anmerkung – es kann sein, dass sie Sie stört –: Die positivste Nachricht – ich gebe gerne zu, die kam nicht von der Landesregierung – sehen wir darin, dass die Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau explodieren. Denn das sind Vorläufer für Erweiterungsinvestitionen. Darauf folgen Auftragseingänge für Maschinenbau, Elektrotechnik und Weiteres. Wollen Sie diese positive Nachricht nicht gerne hören, oder freuen Sie sich mit uns darüber? – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Thoben. – Zum Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“ liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Teilbereich „Energie“.

Für die SPD gebe ich Herrn Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen, Kollegen! Frau Ministerin, weil Sie immer gleich so aufgeregt sind, will ich ein bisschen zu Ihrer Beruhigung beitragen und mich im Bereich Energie vor allen Dingen auf die eine Frage konzentrieren, ob die sich selbst so nennende Koalition der Erneuerung tatsächlich eine solche ist oder ob es sich nicht in Wirklichkeit um eine Koalition der Täuschung und der Enttäuschung handelt.

Ich will die Prüfung an drei Themenbereichen vornehmen: an der Kohlepolitik, an erneuerbaren Energien und an der Atomenergie.

Wenn ich die Prüfung an der Kohlepolitik vornehme, Frau Ministerin, komme ich zu dem Ergebnis: Hier handelt es sich eindeutig um Täuschung. Getäuscht werden zum einen die Bergleute. Minis-

terpräsident Rüttgers, auch Sie reden in diesem Anpassungsprozess tagtäglich von Sozialverträglichkeit,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht die Tatsachen verdrehen, Herr Römer!)

handeln aber genau dagegen. Bei den Verhandlungen in Berlin tut diese Landesregierung alles, um zu verhindern, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen im Bergbau kommt. Und die sind ja – das ist eindeutig festgestellt – das, was wir Sozialverträglichkeit nennen.

Auf dem Bundesparteitag der CDU wird auf Antrag von NRW die Sozialverträglichkeit neu definiert. Sie haben dort beschließen lassen, „es dürfe nicht zu Belastungen für den Arbeitsmarkt kommen“. Die müssen vermieden werden; Menschen kommen bei Ihnen nicht vor. Das ist Ihr Problem. Sie versuchen immer wieder, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, aber in Wirklichkeit – Frau Thoben, das ist doch gerade bei Ihnen wieder deutlich geworden – waren Sie noch nie nah bei den Menschen, und Ihre Politik ist den Menschen auch nicht nah.

Herr Uhlenberg hat das vorhin an einem Beispiel verdeutlicht. Wenn Menschen sich zu Wort melden – so hat er gesagt –, nehmen Sie sie überhaupt nicht ernst. Das ist Ihre Politik, und die wird erkannt. Sie versuchen zu täuschen, und Sie werden immer neue Enttäuschungen provozieren.

Frau Ministerin, der zweiten Täuschung sind offensichtlich auch Angehörige der Regierungsfraktion erlegen. Herr Brockes, ich nehme an, Sie glauben das immer noch, was Sie am 28. September hier im Plenum gesagt haben. Sie haben damals zusammen mit der Wirtschaftsministerin festgestellt und versucht, das den Menschen vorzugaukeln, dass die bei den Steinkohlesubventionen eingesparten Mittel anderweitig in die Wirtschaft des Landes investiert werden würden. Aber ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Übrigen allen Abgeordneten bereits am 16. August dieses Jahres mit der Drucksache 14/2301 zugegangen ist, schafft hier Klarheit. Das Planungsergebnis weist aus, dass die Steinkohlesubventionen von 2006 bis 2010 um ca. 450 Millionen € zurückgefahren werden sollen. Frau Ministerin, vielleicht ist Ihnen das entgangen: Gleichzeitig wird der Gesamthaushalt Ihres Hauses von 1,003 Milliarden € im Jahr 2006 auf 445 Millionen € im Jahr 2010 mehr als halbiert.

Frau Thoben, ich kann nachvollziehen, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister kein sehr großes Zutrauen in Ihre politische Gestal-

tungskraft und in die Ihres Hauses haben. Aber dass Sie sich immer noch hinstellen und den Menschen vorzugaukeln versuchen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind der Gaukler!)

die dort eingesparten Mittel würden in Zukunftsprojekte investiert werden, ist ein billiges Täuschungsmanöver. Dafür werden Sie von uns nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Beifall von der SPD)

Im Haushaltsentwurf 2007 wird dies im Übrigen ebenfalls dokumentiert. Die Subventionen für die Steinkohle sinken gleich zweifach: zum einen um 8 Millionen € im Rahmen der vereinbarten Plafonds und zum anderen um zusätzliche 50 Millionen €, da der Bedarf an Absatzhilfen aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise sinkt. Diese knapp 60 Millionen € werden ebenfalls schlicht und einfach gestrichen. Bei den Menschen in den betroffenen Bergbauregionen kommt davon überhaupt nichts an. Frau Ministerin, auch hier gilt wieder: Sie täuschen, sie produzieren damit Enttäuschungen. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum nächsten Thema: erneuerbare Energien. Das erste Beispiel ist die Windenergie. Die Ziele der Landesregierung hat Minister Wittke klar vorgegeben. Der schwarz-gelben Landesregierung geht es darum, unliebsame Technologie – so Herr Wittke; ich zitiere ihn – „kaputtzumachen“. Das war damals wenigstens klar und ehrlich. Nachdem diese Form von destruktiver Ehrlichkeit in der Öffentlichkeit aber nicht gut angekommen ist, hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung wiederum auf Täuschen und Enttäuschen verlegt.

Erstens. Bei der Novelle des Windenergieerlasses geht es der Landesregierung darum, die Windenergie mit neuen bürokratischen Hürden systematisch zu behindern.

Zweitens. Frau Ministerin, Sie haben Anfang November noch einmal nachgelegt, indem Sie nach dem Stromausfall am 4. November die Windkraft völlig grundlos diffamiert und mutwillig einen Zusammenhang mit den europaweiten Stromausfällen konstruiert haben. Als Ministerin hätten Sie dagegen die Pflicht gehabt, die Sachverhalte tatsächlich aufzuklären und mögliche Imageschäden von Firmen zu vermeiden. Stattdessen – ich bleibe dabei – täuschen Sie, offensichtlich politisch motiviert, die Öffentlichkeit mit unhaltbaren Vermutungen über die Ursachen des Stromausfalls.

Drittes Beispiel: REN-Programm. Zu Recht taucht der Hinweis auf die erneuerbaren Energien auf der Internetseite des Energieministeriums unter „Zukunftsenergien“ auf. Frau Ministerin, genau hier müssten sich dann die sogenannten eingesparten Kohlemillionen finden. Auch hier die reine Enttäuschung! Wie bei der Kohle wird auch beim REN-Programm gekürzt. Die Investitionszuschüsse werden von 22 Millionen € auf 13 Millionen € zusammengestrichen.

Viertes Beispiel: Atomenergie. Hier ist plötzlich Landesgeld vorhanden, Frau Ministerin. Das immer knapper werdende Geld sparen Sie – ich habe das eben nachgewiesen – bei den heimischen Energien ein. Im Haushaltsplan für die Atomenergie findet sich allerdings neues Geld in Form von Forschungsmitteln für neue Atomkraftwerke. Vier neue Lehrstühle für Atomenergie werden eingerichtet.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

– Ja, ich weiß, warum Sie klatschen. Das ist die Politik, die Sie betreiben: Sie versuchen, die Menschen zu täuschen, und produzieren am Ende nur Enttäuschungen.

(Zuruf von der FDP: Unsinn!)

Diese Täuschungsversuche – Sie behaupten, dabei gehe es in Wirklichkeit nur um Reaktorsicherheit – glaubt Ihnen kein Mensch. Das Ziel Ihrer Reise ist doch bekannt. Sie wollen in den Bau neuer Atomkraftwerke einsteigen. Wir lassen Ihnen diese Täuschung nicht durchgehen. Wir werden das überall deutlich machen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarz-gelbe Haushaltspolitik ist, was die Energieversorgung betrifft, dadurch gekennzeichnet, dass Sie in die Vergangenheit zurückgehen. Sie sind weit weg von den Menschen.

(Zuruf von der FDP)

Sie wissen doch ganz genau, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen heimische Energie wollen, ob es sich nun um Braunkohle, Steinkohle oder auch um erneuerbare Energien handelt. Vor allem wollen sie, dass wir am Atomausstieg festhalten. Auch wollen die Menschen vernünftige Energiepreise.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Römer, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke. Lassen Sie die zu?

Norbert Römer (SPD): Aber bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege Römer, als ich Ihrer Philippika gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zugehört habe, ist mir eingefallen, dass wir in den letzten Monaten klare Aussagen der IG BCE – ich glaube mich zu erinnern, dass Sie mit dieser Gewerkschaft am Rande etwas zu tun haben – zugunsten der friedlichen Nutzung der Kernenergie vernommen haben. Insbesondere der Vorsitzende dieser Gewerkschaft hat sich öffentlich mehrfach dafür ausgesprochen, die Chancen der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht einfach beiseite zu schieben.

(Beifall von der FDP)

Wie bewerten Sie derartige Äußerungen der IG BCE? Das würde mich sehr interessieren.

Norbert Römer (SPD): Ich bin Ihnen dankbar für diese Frage, Herr Kollege Papke. Ich bewerte die Aussagen des Vorsitzenden der IG BCE zur Energiepolitik in der ganzheitlichen Betrachtungsweise, die er an den Tag legt.

(Ralf Witzel [FDP]: Was heißt das denn konkret?)

Dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass Herr Schmoldt und die übrigen Mitglieder seiner Gewerkschaft zuallererst dafür eintreten, dass wir die Energievorräte, die wir in unserem Land haben, nämlich die Braunkohle, die Steinkohle und die erneuerbaren Energien, nutzen und vor allem dafür sorgen, dass wir in Deutschland auch weiterhin Steinkohlebergbau betreiben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie etwas zur Sache! Beantworten Sie die Frage!)

In diesem Zusammenhang müssen Sie Herrn Schmoldt zitieren. Dann sind Sie auf der richtigen Seite. Ich fasse zusammen:

(Zurufe von der FDP)

Die schwarz-gelbe Landesregierung ergreift allenfalls – Frau Thoben, das ist das einzige, was Sie angesichts der Energiepreiserhöhung machen – eine Initiative zur Verlängerung der Strompreisaufsicht. Damit wollen Sie von den realen Aktivitäten zur Zementierung der alten Strukturen, die Sie betreiben, ablenken.

Frau Ministerin, wer die Laufzeit alter Atommeiler verlängern will, der lässt neuen Wettbewerbern in der Wirtschaft keine Chance. Wer über die Gemeindeordnung, wie Sie das anstreben, die

Stadtwerke attackiert, der drängt den einzig aufstrebenden Wettbewerber aus dem Markt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik. In all diesen energiepolitischen Fragen betreiben Sie eine Politik der Täuschung und der Enttäuschung. Wir werden das überall deutlich machen. Die Menschen werden das nicht durchgehen lassen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Römer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Römer, wer so wie Sie im Glashaus sitzt, der sollte wirklich nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was Sie hier an Täuschungen – ich will es nicht im Einzelnen bewerten – geboten haben, war schon beachtlich. Ich komme darauf noch zurück.

Wenn ich das Kapitel Bergbau und Energie lese, dann erhellt es blitzartig das ganze Elend sozialdemokratischer Misswirtschaft und Klientelpolitik. Hier wird auf wenigen Seiten deutlich: Jahrzehntlang wurden die finanziellen Ressourcen des ganzen Landes vergeudet, nur um Ihr Bergbaumilieu zu gewinnen.

(Frank Sichau [SPD]: Waren Sie denn nicht dabei?)

Das war der zentrale Grund, warum 128 Milliarden € in einem schwarzen Loch verschwunden sind.

Wir brauchen heute neue Perspektiven und neue Spielräume. Um neue Perspektiven zu gewinnen, stellen wir die gesamten Aktivitäten im Bereich der Zukunftsenergien einschließlich der Energieagentur und der Landesinitiative „Zukunftsenergien“ auf den Prüfstand, aber nicht etwa, um der effizienten Energieumwandlung, der sparsamen Energieverwendung oder der Verbesserung der Wettbewerbssituation erneuerbarer Energien weniger Bedeutung beizumessen, nein, ganz im Gegenteil: Wir wollen die Energieagentur und die Landesinitiative „Zukunftsenergien“ im Außenauftritt zusammenführen und das in die Jahre gekommene REN-Programm neu strukturieren. Aber dafür brauchen wir einen gewissen Vorlauf.

Um neue Spielräume zu gewinnen, veranschlagen wir in einem ersten Schritt 50 Millionen €

Rückflüsse aus Kohlesubventionen – Sie sagten es –, weil der Bewilligungsbescheid Rückzahlungen vorsieht, wenn der Weltmarktpreis für Steinkohle auf über 46 € je Tonne gestiegen ist.

Herr Römer, so wie ich die Kohlelobby kenne, wird sie ihre Subventionen mit der gleichen Begeisterung zurückgeben wie ein Hund seinen Markknochen. Um diese Kürzungen, die für die Gestaltung der Zukunft unabdingbar sind, wird die Wirtschaftsministerin noch kämpfen müssen – kämpfen gegen Sprechklauseln und Krokodilstränen, kämpfen gegen die ganze Trickkiste der professionellen Meinungsmanipulatoren, die wir satt-sam kennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Römer, wenn wir heute gezwungen sind, 46 % des Energiehaushalts für die Subventionierung von nur 4 % der in Deutschland verbrauchten Primärenergie einzusetzen, dann liegt das an Verträgen, die sozialdemokratisch geführte Vorgängerregierungen als steuerfinanzierte Wahlwerbung abgeschlossen haben.

Zur Rechtfertigung dieses Schwachsinn wurden wir, gelinde gesagt, beschwindelt, dass sich die Balken biegen. Erst haben Sie gesagt: Ein lebens- und leistungsfähiger Bergbau benötige ein jährliches Fördervolumen von mindestens 30 Millionen Tonnen.

Dann ging der Anspruch runter auf 26 Millionen Tonnen, dann auf 20 Millionen Tonnen, dann auf 16 Millionen, dann auf 10 Millionen. Jetzt sollen es nur noch 6 Millionen Tonnen sein.

Erst hieß es, wir brauchen die eigene Steinkohle zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Dann sagt die RAG plötzlich „Ätsch, ätsch!“ und verkauft ihre profitablen Auslandsgruben, um die Steag zu finanzieren, die sinnigerweise ihre Kraftwerke mit Importkohle betreiben will. Erst hieß es: Wir brauchen wenigstens einen Referenzbergbau, um die Spitzenstellung der deutschen Bergbautechnologie zu erhalten. Dann sagt die RAG wieder „Ätsch, ätsch!“ und verkauft die DBT, ihre Branchenperle, ratzfatz an einen amerikanischen Konkurrenten.

Können Sie mir einmal sagen, was man da noch glauben soll? Sie müssen doch selbst langsam an den Seifenblasen irrewerden, die Sie immer wieder in die Luft gepustet haben.

(Beifall von der CDU)

Man könnte ja meinen, Sie kämen irgendwann zur Vernunft. Aber nein, was machen Sie? Unverdrossen wie Don Quichote fordern Sie Kohlesub-

ventionen für immer – das muss man sich einmal vorstellen. Kommen Sie endlich runter von den Barrikaden, die die RAG und die IG BCE längst geräumt haben, die nur im Landtag von der SPD Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten werden.

Hören Sie einmal auf Frau Behler! Wenn Sie den Menschen in unserem Land eine gute Zukunft geben wollen, dann reicht es nicht, gegen eine Steuerreform zu krakelen und einen Kohlesockel zu fordern. Dann müssen Sie schon mehr bieten, modern werden und sich für die Zukunft positionieren, statt in der Vergangenheit zu versacken!

(Beifall von CDU und FDP)

Helfen Sie besser mit, Kohlemilliarden für moderne Infrastruktur freizuschaukeln, für eine leistungsfähige Energieforschung und für nachhaltige Entwicklung, für Hochleistungskraftwerke, die den CO₂-Ausstoß in China und Indien mindern könnten, für die raschere Anwendungsreife der Clean-Coal-Technologie, für einen Durchbruch in der Solar-, Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik, für die Entwicklung inhärent sicherer Kernkrafttechnik, für Transmutations- oder Fusionsforschung. Das brauchen wir, ob Sie es glauben oder nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diese Technologien liegt die Zukunft des Energielandes Nummer eins und nicht in einer volkseigenen Kohleproduktion. Kohleförderung in Deutschland, meine Damen und Herren, ist genauso sinnlos wie Tomatenzucht in Alaska.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung den Auslaufprozess des Steinkohlebergbaus auf nationaler Ebene mit allen Beteiligten festlegen will. Das ist Ihre zentrale energiepolitische Aufgabe. Dabei bekennt sie sich klar zur Einhaltung bereits entstandener Rechtspflichten und zu sozialverträglicher Personalanpassung.

Angesichts der desolaten Haushaltslage, Herr Römer, die nicht wir zu vertreten haben, sondern die Sie angerichtet haben, ist das mehr als fair. Ich empfehle Ihnen deshalb, ein entsprechendes Verhandlungsergebnis nicht länger durch unsinnige Querschüsse zu gefährden.

(Beifall von der CDU)

Wir haben heute in der Zeitung gelesen, was die Bosse der Ruhrindustrie zu Ihrer Taktik sagen: Das gefährdet wirklich alles.

Das Unternehmen RAG braucht aus handelsrechtlichen Gründen verbindliche Finanzierungs-

zusagen für die Zeit nach 2008. Sonst gibt es kein Wirtschaftsprüfungstestat mehr.

Die Mitarbeiter der Bergbauparte brauchen für ihre persönliche Lebensplanung Sicherheit über eine Weiterzahlung des Anpassungsgeldes. Beides, Herr Römer, wird es bei einem Sockelbergbau, den zwei Drittel der Mitglieder dieses Hauses ablehnen, nicht geben. Darüber hinaus gefährdet ein Sockelbergbau die Arbeitsplätze von 60.000 Mitarbeitern der Degussa, der Steag und der RAG-Immobilienpartei, weil der Bund bei der Finanzierung eines Sockelbergbaus mit hoher Wahrscheinlichkeit die Verwertung dieser Unternehmensteile als Eigenbeitrag verlangen müsste, so wie es der Haftungsverbund vorsieht.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Selbst eine Fortschreibung des Schröder-Plafonds auf 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012, die Sie so vehement fordern, kann es nicht geben, weil das Geld dafür einfach nicht vorhanden ist. Denn – Herr Römer Überraschung, Überraschung! –: Die derzeitigen Plafondsmittel reichen nach Einschätzung der RAG – nicht nach unserer Einschätzung – nicht aus, um den Kapazitätsabbau auf 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012 zu finanzieren, wie das mit Herrn Schröder vereinbart war.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Weisbrich, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Um den Schröder-Plafonds nicht zu überschreiten, sieht die RAG in allen Rechenmodellen, die mir bekannt sind, einen beschleunigten Kapazitätsabbau auf 12 Millionen Tonnen im Jahr 2012 vor. Sie als IG BCE-Funktionär wissen das doch ganz genau. Ich müsste mich wundern, wenn es anders wäre.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Herr Römer, Ihr jüngstes Plädoyer für eine Beibehaltung des Förderziels von 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012, ist schon fast unverschämt. Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass nach dem Defizit, das die RAG aufgedeckt hat, Bund und Land ihre Subventionen bis 2012 nochmals um Milliarden aufstocken müssten. Das kann doch nicht wahr sein.

Meinen Sie ernsthaft, wir hätten das Sparopfer von Vereinen und Verbänden, von Kommunen, Mitarbeitern und Bürgern im Zuge der Haushaltskonsolidierung nur eingefordert, um damit Berg-

bausubventionen zu erhöhen? Das könnte Ihnen so passen.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Dazu wird es nicht kommen. Daraus wird nichts, denn wir wollen neu gewonnene Handlungsspielräume nutzen, um energietechnische Entwicklungen und Demonstrationsprojekte innovativer Energietechniken zu fördern. Wir wollen die Markteinführung entwickelter Techniken unterstützen und Wärmenutzung auf Basis innovativer Technologien vorantreiben. Wir wollen nachhaltige Energiekonzepte branchenweise entwickeln und Energieberatung, Weiterbildung und Wissenstransfer im Energiebereich durch die Energieagentur NRW unterstützen. Wir wollen die fachliche Bewertung und Begleitung von energiewirtschaftlichen Maßnahmen und Projekten verbessern, und wir wollen die Landesinitiative Zukunftsenergien weiter ausbauen.

Die Weichen dafür sind mit diesem Haushalt gestellt. Dafür werden wir kämpfen. Ich bin sicher, diesen Kampf werden wir mit einer Zweidrittelmehrheit in diesem Haus gewinnen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die Grünen spricht nun Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Weisbrich, in Ihnen glüht bei der Debatte gelegentlich wieder das Feuer der niederrheinischen Kohle. Das ist schon begeisternd.

Ich will aber auf die beiden Stichworte eingehen, die Kollege Römer genannt hat: Politik der Täuschung und der Enttäuschung. Ich will es gleichmäßig verteilen.

Täuschung – das sage ich auch persönlich – ist für alle, die damit zu tun haben, in der Kohlefinanzierung ohne Ende enthalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gelogen worden ist bei den Zahlen über die Kosten der Kohle 2003/2004. Was uns erzählt worden ist, was die Förderung kosten sollte und was sie heute kostet, hat nichts miteinander zu tun.

Kämen endlich einmal die Zahlen klar auf den Tisch und würde ehrlich gesagt, was die Kohle wirklich kostet, dann würden wir auch anders damit umgehen. Dann wäre klar, was ein vernünftiger sozialverträglicher Ausstieg ist. Das sollte

man als Erstes machen. Dann – da hat Herr Kollege Weisbrich Recht – reden wir für 2012 höchstens noch über 12 Millionen Tonnen. Wie es aussieht, müssten wir dafür schon das ganze Geld aufwenden, das Kanzler Schröder damals auf dem Steinkohletag versprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann müssten wir über den weiteren Prozess reden. Für mich ist das der entscheidende Punkt, wo immer wieder getäuscht wird, wo die Verantwortung allerdings nicht nur bei der SPD liegt. Das müssen wir ehrlicherweise sagen, Herr Weisbrich. Das ganze Regime bis 2005 ist einstimmig von allen vier Fraktionen gefahren worden.

(Edgar Moron [SPD]: Das weiß aber Herr Weisbrich nicht! Wie soll er das wissen?)

– Ja doch. Herr Moron, auch Sie wissen vieles, was hier anders dargestellt wird, gerade was die Täuschung bei der Kohle angeht.

(Beifall von den GRÜNEN – Edgar Moron [SPD]: Der Kohlekompromiss war doch 1998! – Weitere Zurufe – Glocke)

Das sollte der erste Teil vorweihnachtlicher Begeisterung beim Thema Steinkohle gewesen sein.

Seit anderthalb Jahre haben wir eine neue Landesregierung, und dieser Haushalt, der vorgelegt wird, erstreckt sich über einen Zeitplan von zweieinhalb Jahren, also der Hälfte Ihrer Regierungszeit. Da kann ich dem Kollegen Römer nur folgen. Das, was Sie an Politik außerhalb des Bereichs Steinkohle vorlegen – der ganze Rest – ist eine

(Dietmar Brockes [FDP]: Was ist denn da noch?)

– Vorsicht, hören Sie jetzt zu! – ist eine einzige Enttäuschung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da ist gerade in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen eine Menge zu tun.

Ich will gerne ein paar Punkte ansprechen. Ich kann jeden Tag die Zeitung aufschlagen, und es gibt eine breite Debatte darüber, was von der EU kommt und was im Bereich Strom- und Gasmarkt und Wettbewerb diskutiert wird. Die Frage des Wettbewerbs im Bereich Strom- und Gasmarkt haben wir im Ausschuss intensiv diskutiert. Herr Brockes, da war es gerade die FDP, die verhindert hat – um es klar zu sagen –, dass sich dieser Landtag intensiv damit befasst, wie wir Wettbe-

werb im Strom- und Gasbereich überhaupt herstellen könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist die Frage: Welche Mechanismen in anderen europäischen Ländern eingesetzt worden sind? Wir lesen heute die dpa-Meldung von 12:00 Uhr, dass morgen im „Spiegel“ steht, dass laut EU-Kommission die Netze verkauft werden sollen. Es wird getrennt. Die Grenzübergangsknotenpunkte werden hergestellt. Und die EU heizt den Emissionshandel noch mal an: minus 35 % bis 2030, minus 50 % bis 2050. Das sind Prozesse, die auch auf NRW zukommen.

Wenn ich sehe, was diese neue Regierung – „neu“ kann ich eigentlich nicht mehr sagen; denn Sie sind seit anderthalb Jahre an der Regierung – mit ihrem Haushalt über die halbe Strecke ihrer Regierungszeit in der Frage Wettbewerb im Strom- und Gasbereich und auch in der Frage Klimaschutz und Emissionshandel tatsächlich für dieses Land nach vorne treibt, dann ist diese Bilanz aus meiner Sicht erschreckend.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie bewegen sich ständig mit Begeisterung in aus meiner Sicht randständigen Themen. Die Frage, was Atomwirtschaft und der vierte Reaktor in den nächsten 20 bis 30 Jahren für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen leisten kann, ist ein sehr abseitiges Thema. Da geben Sie Geld hinein. Aber in dem entscheidenden Punkt, wo im Land an vorhandenes Know-how und an eine breit hergestellte Technik, die verkauft werden kann, angeknüpft werden kann, hört man von Ihnen überhaupt nichts. Wettbewerb ist eine Fehlannonce. Im Gegenteil – da hat Kollege Römer Recht –: Sie drohen ein Stück weit denjenigen, die als einzige im Wettbewerb im Strom- und Gasbereich gegenüber den Großen dagegenhalten. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann gut verstehen und bin mit Ihnen d'accord, wenn Sie sagen, Stadtwerke bräuchten keine Autoreparaturwerkstätten,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Stimmt nicht, wenn Sie ÖPNV machen!)

da sie dann mit dem lokalen Handwerk in Wettbewerb treten würden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wenn Sie ÖPNV machen müssen, müssen Sie auch eine Werkstatt haben!)

– Aber dass sie in einen Wettbewerb mit einer normalen Autowerkstatt eintreten und

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Machen sie doch gar nicht!)

Kunden von draußen annehmen, das hat es ja in der Vergangenheit auch nicht gegeben. Das ist aber nicht der Punkt.

Der Punkt ist, dass wir genau wissen, dass die vier großen nur danach trachten, das, was wir noch an Wettbewerb im Strommarkt haben, wo Stadtwerke eigene Kraftwerke bauen, kaputtzukriegen. Sie legen den einen Handschellen an und fordern sie trotzdem auf: Dann besteht mal im Wettbewerb gegen Eon und RWE. – Das ist unsere Sorge.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Weisbrich [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Im gesamten Bereich Klimaschutz und Emissionshandel kommt von dieser Landesregierung nichts. Ich kann ja ehrlicherweise zugeben: Unser Klimaschutzbericht, unser Emissionsbericht war nun nicht Gold. Aber er wurde gemacht, und er ist ein Einstieg in die intensive Diskussion gewesen. Für Sie ist das alles nichts mehr. Da kommt überhaupt nichts Neues.

Sie kündigen ein Biomassekonzept an. Der Kollege Uhlenberg hat es mehrfach getan, und die Ministerin auch. Jetzt sind anderthalb Jahre vergangen. Dieses Konzept ist bis heute auch nicht im Ansatz erkennbar.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Vorsichtig, Herr Weisbrich, wenn Sie mir jetzt ankündigen, es käme im Januar/Februar. – Ich sehe auch im Haushalt nicht einen einzigen Ansatzpunkt, wie das, was Sie machen wollten, denn auch wirklich umgesetzt werden könnte.

Herr Weisbrich, ich habe mir eben Ihre Aussage mitgeschrieben, Sie unternähmen einen neuen Anlauf zum REN-Programm. Den machen Sie dann frühestens nach zweieinhalb Jahren Regierungstätigkeit. Herr Weisbrich, das finde ich ehrlich gesagt enttäuschend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das REN-Programm ist eines der besten Programme gewesen. Sie haben jedes Recht, bestimmte Stellschrauben anders zu setzen. Das ist in Ordnung. Aber das, was früher war, dass es jährlich evaluiert wurde, dass es für das Parlament transparent war, das REN-Programm, die

Holzabsatzförderung, das ist alles weg. Das wird nicht mehr gemacht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Wir wissen nicht, was Sie da im Detail tun. Die Anforderungen sind erheblich gestiegen. Wir aber hören immer wieder Lippenbekenntnisse, dass Sie auch für Erneuerbare wären. Aber bei der Frage, wo insbesondere die Potenziale aus dem Bereich Biomasse/Landwirtschaft geschöpft werden sollen, da kommt nie etwas Konkretes. Da gäbe es genügend Konsenspunkte, bei denen wir über alle Fraktionen hinweg etwas auf den Weg bringen könnten. Aber Sie entziehen sich dem. Es gibt nichts, wo man Sie tatsächlich packen könnte.

Bei der Energieeffizienz liegen wir weit hinter Bayern, hinter Baden-Württemberg berechnet auf die Einwohnerzahl etc. Bei uns sehen die Zahlen immer groß aus, weil wir in Nordrhein-Westfalen 18 Millionen sind. Das ist aber nicht der Punkt. Entscheidend ist: Was leisten wir hier pro Kopf? Was fließt von den Bundesmitteln rüber? Nehmen wir das als ambitioniertes Programm? Da sind wir defensiver und schlechter als die anderen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Aber nicht seit anderthalb Jahren!)

– Herr Weisbrich, ich wäre ja froh, wenn jetzt irgendwie irgendetwas ersichtlich wäre. Eine Einarbeitungsphase würde ich Ihnen ja auch zugestehen. Wenn Sie an die Regierung kommen, brauchen Sie ein halbes Jahr, brauchen Sie ein ganzes Jahr. Das ist alles in Ordnung. Aber jetzt sind anderthalb Jahre vergangen, und hier steht der Haushalt zur Debatte, der die Strecke bis Ende 2007 beschreibt. Das ist die Hälfte der Legislatur.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ich weiß, dass Sie wenig Geld haben. Das bestreite ich gar nicht. Dann ist aber die Frage: Setze ich es intelligent ein? Der Kollege Römer hat Sie dazu aufgerufen, dann aber doch ganz ehrlich zu erklären: Unsere Priorität ist nicht Energieeffizienz, sondern die vierte Reaktorlinie in Jülich und der uralte Traum alter Männer, den THTR wieder zu beleben. Das ist die offizielle Aussage. Das wird ja auch deutlich gesagt. Wenn Sie die Taliban von der gelben Partei da nicht stoppen können; die tragen es doch in Jülich sehr offensiv nach vorne!

Sie vernachlässigen Ihre landwirtschaftliche Klientel, deren Chancen Sie in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu dem, was in anderen Ländern geschieht, nicht richtig fördern. Das ist doch der Punkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wenn der Kollege Baues aus dem Haus von Frau Thoben, den ich ja sehr schätze, sagt: „Wir wollen die Anzahl der Biogasanlagen limitieren, wir überlegen schon, das ist zu viel.“, dann schneiden Sie der Landwirtschaft genau den Weg ab, auf dem wir allmählich in Gang gekommen sind und nachholen, was Bayern, was Niedersachsen und andere schon haben. Genau diesen Weg schneiden Sie wieder ab.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihrer eigenen Klientel schaden Sie.

Dass Sie im Rahmen der Umgestaltung der Holzabsatzförderrichtlinie keine Pelletheizung mehr fördern, leuchtet mir ein. Das würden wir auch nicht mehr tun. Wenn der Ölpreis bei 60 Cent pro Liter liegt, muss man nicht Geld für Investitionen rausschmeißen, die sowieso gemacht werden.

Aber dass dann geguckt wird, was man noch machen kann, wo man das Geld intelligenter einsetzen kann, das ist die Erwartung. Dass es im Holzbereich Notwendigkeiten gibt, Märkte zu entwickeln, dass man die Mittel nicht den Waldgrundbesitzern als Streugeld hinterherschmeißt, das müssten Sie eigentlich auch wissen. Man kann also, wenn es noch Mittel im Haushalt gibt, durchaus anders verfahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, was Sie in der Atompolitik machen, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Menge an Potenzial durch die Erneuerbaren und auch in der konventionellen Kraftwerkstechnik. Das könnten und müssen wir entwickeln. Wir haben einen unglaublich hohen Forschungsbedarf, was Effizienztechnik angeht. Wenn tatsächlich die CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 % gesenkt werden sollen, wenn das EU-Linie wird, dann ist Nordrhein-Westfalen das Land, das am stärksten betroffen wird, gerade wenn wir jetzt Weichenstellungen vornehmen, die hier Kraftwerkstechnik für 50, 60 Jahre zementieren.

Wir beenden an einer Stelle – wir helfen dabei – richtigerweise etwas, das keine Perspektive hat. An der anderen Stelle müssen Sie gucken. Da droht doch das Damoklesschwert, wenn Sie auf die Monokultur der Kohlekraftwerke setzen. Wir sind in 30, 40 Jahren das Bundesland mit der größten Hypothek. Denn die Klimaschutzdebatte wird nicht wieder rückwärts verlaufen. Sie wird sich zuspitzen. Das kann ein bisschen schneller oder langsamer gehen, aber sie verschwindet nicht wieder von der Tagesordnung. Da sehe ich – das ist für

mich enttäuschend – keine Anzeichen, dass Sie sich vernünftig aufstellen, sondern Sie tuten dann auch noch mit in das Horn der Fraktionen, die da nicht hilfreich sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 08 des Landeshaushalts, über den wir heute beraten, eröffnen sich für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie kaum Gestaltungsspielräume.

Verantwortlich für diese Misere zeigen sich – und dies wissen alle in diesem Haus – die unumstößlichen Zuwendungsbescheide der Jahre 2005 bis 2008, die noch bis 2009 haushaltswirksam sind. Diese Ausgaben sind nicht – wie es die SPD der Öffentlichkeit stets aufs Neue vorgaukelt – investiver, sondern rein konsumtiver Natur. Investitionen sind in die Zukunft gerichtet und schaffen Werte. Im deutschen Steinkohlenbergbau erfolgt jedoch seit Jahrzehnten Wertevernichtung in einem völlig indiskutablen Umfang.

Wir dürfen uns nicht länger an den kommenden Generationen versündigen, meine Damen und Herren, und deren Zukunft durch eine Fortschreibung der Kohlesubventionen verfrühstücken.

Deshalb sind wir im Landtagswahlkampf mit dem Versprechen angetreten, das Geld der Steuerzahler nicht mehr in tiefen Schächten zu versenken, sondern in Bildung zu investieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Köpfe statt Steinkohle – dafür sind wir gewählt worden, und das werden wir konsequent umsetzen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, im Januar werden die entscheidenden Gespräche der Berliner Kohlerunde stattfinden. Die Position Nordrhein-Westfalens in diesen Gesprächen haben wir gemeinsam mit der CDU von Beginn an klar formuliert: Schnellstmöglicher Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau und ohne einen Ausstiegsbeschluss kein Börsengang der RAG. Dies hat bis heute Bestand, und daran wird sich auch nichts ändern.

Für die FDP-Landtagsfraktion möchte ich feststellen: Wir hätten uns bereits in diesem Jahr eine

Lösung gewünscht, die der RAG den Weg an die Börse geebnet hätte. Dass der Börsengang und damit mehrere Zehntausend Arbeitsplätze im weißen Bereich der RAG mittlerweile gefährdet sind, ist einzig und allein auf die völlig unrealistische Forderung der SPD nach einem Sockelbergbau zurückzuführen.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU])

Was haben wir von den Genossen hier in Nordrhein-Westfalen nicht alles gehört: Die Subventionen des Landes seien gut angelegtes Geld! Mit den Subventionen würden Werte im Bergbau geschaffen! Das Erreichen der Wirtschaftlichkeit sei nur eine Frage der Zeit! Und überhaupt sei alles nur halb so schlimm!

Von Herrn Römer – ich würde mich freuen, wenn Sie zuhören würden, Herr Römer – war am Montag noch zu hören, dass die Finanzierung des Sockelbergbaus allein Sache des Bundes und somit das Problem von Herrn Steinbrück sei. – Ich danke Ihnen, Herr Römer, für diese Aussage. Ich hoffe, dass jetzt auch Ihren sozialdemokratischen Kollegen in Berlin langsam einmal die Augen aufgehen, dass das, womit Sie die ganze Zeit in Berlin hausieren gehen, letzten Endes vom Bund getragen werden muss und dass das, was Sie wie Sauerbier angepriesen haben, auf der Rechnung des Bundes steht.

Seitens der SPD wird ja immer behauptet, wir seien kurz vor dem Erreichen der Wirtschaftlichkeit. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, was der Chef von ThyssenKrupp, Herr Ekkehard Schulz, dazu gesagt hat – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Die deutsche Steinkohle – und das gilt auch für Kokskohle – wird nicht zu international wettbewerbsfähigen Kosten zu gewinnen sein.“

Er sagte weiter:

„Ich kann mir kein zukünftiges Szenario vorstellen, bei dem deutsche Stein- und Kokskohle international wettbewerbsfähig gefördert werden können. Deutschland ist auf eigene Steinkohle nicht angewiesen.“

Hört, hört!

(Beifall von CDU und FDP – Norbert Römer [SPD]: Der hat sich schon einmal geirrt!)

– Herr Römer, das hat nicht irgendjemand gesagt. Das hat ein Vertreter der Altaktionäre der RAG gesagt

(Norbert Römer [SPD]: Ja, und der hat sich schon einmal geirrt!)

und zugleich ein Vertreter eines großen Unternehmens, das über viele Jahre noch auf Steinkohle angewiesen sein wird. Sie sehen, Ihre Mär wird immer weiter widerlegt. Sie sind derjenige, der die Menschen – und gerade die Kumpels – in diesem Land täuscht.

Meine Damen und Herren, Werner Müller höchstpersönlich hat Ihnen mit seiner Aussage, dass ein gesichertes Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus und ein Börsengang Sicherheit für die Bergleute schaffen würde, eine Vorlage geliefert. Geben Sie Ihre destruktive Haltung auf und gestalten Sie mit uns die Zukunft in den Bergbauregionen!

Die Änderungsanträge der Grünen, Herr Kollege Priggen, zur Rückzahlung von Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle durch gestiegene Weltmarktpreise entsprechen aus unserer Sicht nicht den Vorstellungen von seriöser Haushaltspolitik. Sie dürfen aber auf der anderen Seite fest davon ausgehen, dass die Landesregierung jeden zu viel gezahlten Euro von der DSK zurückholen und entsprechend in den Landeshaushalt einstellen wird.

Allerdings wird unser Finanzminister gemäß den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns nicht – wie dies bei Rot-Grün in der Vergangenheit üblich war – der Versuchung erliegen, mit Geldern zu planen, die wir noch nicht haben und über deren Höhe wir derzeit noch keine seriösen Aussagen treffen können.

Dies liegt einerseits daran, dass für das Jahr 2005 der Abschluss der Abrechnungsverfahren durch das BAFA noch nicht vorliegt. Andererseits hat die in Ihrer, in der rot-grünen Regierungszeit eingeführte Sprechklausel dazu geführt, dass wir momentan noch gar nicht wissen, ob überhaupt mit einem Betrag – und wenn ja, mit welchem – zu rechnen ist.

Sollten wir allerdings eine Rückerstattung von der DSK erhalten, so werden wir dieses Geld nicht, wie Sie es wünschen, gleich wieder verfrühstücken, sondern die Mittel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwenden.

Um zu verhindern, dass nachträglich am Parlament vorbei Änderungen zulasten des Landes NRW erfolgen – so wie in der Vergangenheit unter SPD und Grünen üblich; wir haben das ja bei der Sprechklausel gesehen –, haben wir Änderungen an § 24 des Haushaltsgesetzes vorgenommen. Finanzielle Verpflichtungen des Landes, die sich aus den Verhandlungen über ein Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus und einer endgültigen Regelung der Altlastenfi-

nanzierung im kommenden Frühjahr ergeben, werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Haushalts- und Finanz- sowie des Wirtschaftsausschusses gestellt.

(Beifall von der FDP)

Weiterhin wurde der Zustimmungsvorbehalt auf wesentliche Änderungen dieser Verpflichtung ausgeweitet. Damit haben wir die Rechte der zuständigen Parlamentarier gestärkt und gleichzeitig ein klares Zeichen Richtung Berlin geschickt.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte nun noch die Aufmerksamkeit auf ein für Nordrhein-Westfalen eminent wichtiges energiepolitisches Thema lenken. Sollte sich die EU mit ihren Plänen durchsetzen, die Ausstattung der deutschen Industrie mit CO₂-Zertifikaten von 495 Millionen t auf 453 Millionen t zu senken,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann geht das Abendland unter!)

so hätte dies fatale Folgen für den Industriestandort NRW.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann geht das Abendland unter!)

– Herr Remmel, ich kann gut verstehen, dass sie das wollen. – Die daraus resultierende Unterversorgung mit Zertifikaten würde allein in Nordrhein-Westfalen 250.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Chemie-, Stahl- und Aluminiumindustrie gefährden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch alles nachgeplappert!)

An dieser Stelle danke ich der SPD und den Gewerkschaften, dass sie gemeinsam mit uns gegen den damit verbundenen Exodus energieintensiver Industrien aus NRW kämpfen. Sie grenzen sich dabei sehr wohltuend von den Grünen ab, die erkennbar daran arbeiten, die energie- und industriepolitischen Interessen Nordrhein-Westfalens zu verraten.

(Beifall von der FDP)

Insofern bin ich froh, dass der EU-Kommissar Piebalgs am vergangenen Donnerstag in diesem Hohen Hause, an dieser Stelle signalisiert hat, dass die EU-Kommission ihre Position noch einmal überdenkt und im Januar einen entsprechenden Bericht vorlegt.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch kurz auf die Kernenergie zu sprechen kommen, die ja auch eben ein Thema war. Herr Priggen, Sie – und ebenso die SPD – tun immer so, als

wäre das kein Thema für Nordrhein-Westfalen. Sie scheinen völlig zu vernachlässigen, dass wir zum einen große, wichtige Lieferanten in Nordrhein-Westfalen haben und hier zum anderen immer noch ein Schwerpunkt von Forschung und Entwicklung ist.

In diesem Zusammenhang ist interessant, was sich heute getan hat. Insofern hätte mich ich sehr gefreut, wenn auch der Kollege Horstmann an der heutigen Debatte teilnehmen würde, denn als Abgeordneter ist der Generalbevollmächtigte von EnBW ja mit dem Luxus behaftet, Rederecht in diesem Hause zu haben; leider nutzt er es an dieser Stelle nicht. EnBW hat heute eine Verlängerung der Laufzeiten für Neckarwestheim I beantragt. Dazu hätte ich gern einmal die Position vom Kollegen Horstmann gehört. Denn sein Chef hat dazu gesagt:

„Angesichts der drohenden Klimakatastrophe darf es keine Tabus mehr geben.“

Herr Priggen, wie sollen wir ohne Kernenergie das CO₂-Ziel erreichen? – Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Edgar Moron: Ja, darum würde ich bitten.

Dietmar Brockes (FDP): Ich habe noch ein weiteres interessantes Zitat:

„Wir brauchen eine Modernisierung des Atomkonsenses, mit der uns durch sicherheitstechnisch flankierte längere Laufzeiten ein Zeitfenster, ein Geldfenster und ein Forschungs- und Entwicklungsfenster geöffnet wird.“

Genau das wäre notwendig. Diese Aussage stammt im Übrigen von Herrn Claassen, dem Chef von Herrn Horstmann.

Ich komme zum Schluss. Ich würde gerne noch auf die erneuerbaren Energien zu sprechen kommen. Dazu hat Herr Kollege Weisbrich schon vieles Richtige für die Koalitionsfraktionen gesagt.

In Sachen Energieeffizienz, Herr Priggen, gibt es gute Programme vom Bund. Da muss das Land nicht alles noch einmal machen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Jetzt hat Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr

geehrten Damen und Herren! Herr Römer, dass Sie sich tatsächlich hier hinstellen und jemand anderem – völlig egal wem – vorwerfen, er würde alte Strukturen zementieren, ist kaum zu glauben. Merken Sie überhaupt nicht, dass da etwas ein bisschen durcheinander ist?

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Norbert Römer [SPD])

– Nein, ich möchte das nur einmal verstehen. Sie verteidigen eine Branche – und zwar, wie ich Ihren neuesten Äußerungen entnehme, dauerhaft – gegen jede wirtschaftliche Vernunft.

Wir können heute die Kohledebatte nicht ersetzen. Aber ich möchte Ihnen noch einmal zurufen, dass wir hier eine ganz zentrale Frage für den Industriestandort Deutschland – und zwar nach mehr als 150 Jahren Industriegeschichte – diskutieren. Alle, die sich jetzt daran machen, Sachverhalte zusammenzutragen, aus denen sich ergibt, in welcher Schrittfolge und mit welchen Konsequenzen dieses geschieht, haben es zum einen wahnsinnig schwer, an die Zahlen zu kommen, und dann jemanden zu finden, der sie veröffentlicht.

Sie sagen in der öffentlichen Debatte immer, wir wären nicht nah bei den Menschen. Sprechen Sie eigentlich im Ruhrgebiet nur mit Bergleuten?

(Dietmar Brockes [FDP]: Nur mit schlechten Bergleuten!)

Haben Sie schon einmal die Frage sozialverträglicher Anpassung mit all den Menschen – einschließlich der bei Deilmann-Haniel beschäftigten, die zwar außerhalb der DSK, aber doch zu 100 % für die DSK arbeiten – besprochen? Finden Sie diese nicht? Kennen Sie die Debatte nicht, die darüber auch innerhalb der IG BCE geführt wird? Wissen Sie nicht, dass sie Haustarifverträge abzuschließen bereit sind, weil sie in einer anderen Situation als die Mitarbeiter der DSK sind?

Wenn wir darüber reden, wie nah oder fern jemand den Menschen ist, dann stellt sich mir die Frage, wie viele der Arbeitnehmer Sie denn in den Blick zu nehmen bereit sind.

(Norbert Römer [SPD]: Alle!)

Sind das nur die ganz wenigen in einer ausgesprochen privilegierten Situation? Diese haben wir gemeinsam gewollt; das bestreite ich nicht.

Aber wir suchen doch jetzt einen Weg. Eine Zeit lang habe ich geglaubt, wir wären da fast schon beieinander. Zunächst gab es ja noch nicht einmal die Bereitschaft, Ausstiegsszenarien überhaupt zu

rechnen, geschweige denn, sie zu vertreten. Damals wollte man uns auch noch diese Zahlen verweigern.

Jetzt gibt es die Szenarien und wir reden über die Schrittfolge und die Begleiterscheinungen, über das, was es kostet, und ob wir da heraus können und wollen.

(Norbert Römer [SPD]: Sie wollen heraus!)

Das ist keine Absage an die Menschen. Das wissen Sie auch genau. Und ich finde es nicht gut, wenn Sie diesen Eindruck erwecken – besonders wenn ich höre, mit welchen Argumenten Sie das tun. Ich zitiere Herrn Müntefering:

„Es wäre ein Treppenwitz, wenn wir aus der Kohle springen, wo es sich fast wieder lohnt.“

Er hat die Zahlen der DSK offenkundig auch nicht gesehen, sondern würde er nicht so reden. Es gibt überhaupt niemanden – auch nicht Institute wie das EWI, das Sie so gerne zitieren –, der eine weltweite Steinkohlepreisentwicklung voraussagt, die das, was Herr Müntefering gern hätte, auch nur annähernd bestätigt. Deshalb lassen Sie uns – ich bin gern dazu bereit, dafür auch noch weiter Geduld aufzubringen – einen ordentlichen Weg finden.

Und unterstellen Sie uns bitte nicht, wir täten alles, um die Sozialverträglichkeit zu verhindern.

(Norbert Römer [SPD]: Das ist aber Ihre Absicht!)

Haben Sie die Antwort auf die Kleine Anfrage, die die alte Landesregierung Herrn Priggen gegeben hat, nicht mehr im Kopf? Es ging dabei darum, wie die Belegschaftsentwicklung war und wo die einzelnen Beschäftigten hingegangen sind. Ist Ihnen das ganz entgangen?

Ich will doch nur wissen, ob Ihnen die Tabelle 2004 – ich stelle Ihnen auch gerne die Kleine Anfrage noch einmal zur Verfügung – nicht mehr präsent ist.

Herr Priggen – und ich glaube, auch Herr Römer – haben gesagt, alles andere, wie zum Beispiel der Windenergieerlass, sei eine Enttäuschung. Haben Sie auch diesbezüglich die Sachverhalte nicht zur Kenntnis genommen? Das Repowering ist möglich. Es kann aber natürlich nur auf Flächen stattfinden, die die Gemeinde dafür ohne Höhenbegrenzung vorgesehen hat. Diese Möglichkeit hatte die Gemeinde doch. Wollen Sie nachträglich einer Gemeinde dieses Recht entziehen? Oder wie sonst darf ich Ihre Hinweise verstehen?

Wir haben nach dem Stromausfall auch keine Messung vorgenommen oder behauptet, dass es sie gäbe. Es war immerhin die Union for the Coordination of Transmission of Electricity in Europa, die nach dem Störfall genau diese Meldung abgesetzt hat. Diese haben wir zitiert.

(Norbert Römer [SPD]: Aber Sie haben sie ungeprüft übernommen!)

– Was zitieren Sie denn alles? Sie zitieren sogar den Gesamtverband der Steinkohle!

Meine Damen und Herren, damit zur Kernenergie!

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Übergang!)

– Entschuldigen Sie, dass ich lachen muss. Aber die Debatte führen wir einmal an anderer Stelle.

Sie haben beklagt, dass wir Lehrstühle für Kernenergieforschung an der Universität Aachen zusammen mit Jülich neu einrichten. Sind Ihnen Tausende von Arbeitsplätzen bei Turbinenherstellern völlig gleichgültig?

(Dietmar Brockes [FDP]: Total!)

– Total! Das, was ehemals KWU war und heute MAN Turbo mit völlig anderen Zulieferungen aus Nordrhein-Westfalen ist, betrifft Zigtausende Arbeitsplätze. Die scheren Sie einen Kehrriem!

(Norbert Römer [SPD]: Wann wollen Sie das erste Atomkraftwerk bauen?)

– Herr Römer, es gibt doch überhaupt keinen Antrag. Das wissen Sie so gut wie ich. Die alte Landesregierung hat wenigstens noch die Ehrlichkeit besessen zu sagen, dass sie gerne nach Finnland liefert. Und Sie tun jetzt so, als sei das Teufelszeug, wenn man die technische Entwicklung so weit vorantreibt, dass man international länger im Geschäft bleiben kann. Die meisten Länder um uns herum verhalten sich anders als wir. Das müssen wir wenigstens zur Kenntnis nehmen. Industriepolitisch wird es doch sonst immer so gerne vorgetragen. Zum Beispiel möchten wir doch, dass beispielsweise Windenergie eingesetzt wird. Wir exportieren 60 % und haben einen Weltmarktanteil von 50 %. Wir sagen doch: Es gibt Stellen auf der Erde, wo Windenergie höchst profitabel und vernünftig ist. Dort möchten wir doch gerne mit dabei sein. Was spricht dann bei einer anderen Technologie dagegen?

Dann tragen Sie vor, wir würden beim § 107 der Gemeindeordnung die Stadtwerke killen? Woher wissen Sie das? Die Energiewirtschaft ist ausdrücklich ausgenommen. Was behaupten Sie da? Das stimmt nicht. Deshalb wiederhole ich es: Ich freue mich – das sage ich hier und heute noch

einmal – über Stadtwerke, wenn sie sich zusammenschließen, um ein neues Kraftwerk zu bauen. Das ist ein zusätzlicher Anbieter, der mir sehr entgegenkommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde es wichtig, dass wir über die CO₂-Frage und wie es damit weitergehen soll, noch einmal intensiv reden.

Herr Priggen, Sie sagen, wir würden in 30, 40 Jahren leiden, wenn wir ehrgeizige Ziele nicht akzeptieren. Ich weiß nicht, was Sie glauben, wie schnell man weltweit aus der Nutzung von fossilen Brennstoffen aussteigen kann. Wenn man dann aber einen Brennstoff hat, den man wirtschaftlich erzeugen kann – ich erwähne die Braunkohle –, müssen wir mit unserem Standortvorteil ein Interesse daran haben, dass auf der Braunkohlebasis die modernste Kohletechnologie hier entwickelt, angewandt und genutzt wird.

Wenn man das will, darf man nach meiner Überzeugung – wie dies Teile der EU tun wollen – nicht schon jetzt ankündigen, dass man sich darauf einstellt, nach 2012 sei schon das CO₂-Abscheiden Realität. Damit weckt man Hoffnungen und treibt Entwicklungen, die wir gerne positiv begleiten wollen, in einem Tempo voran, was uns hier in Nordrhein-Westfalen Kraftwerkskapazitäten kostet. Das ist meine Sorge.

Deshalb müssen wir daran mitwirken, wenigstens Benchmarks zu bekommen, die sich nach Primärenergieträgern unterscheiden. Sonst werden wir nicht klimaschonend investieren, Herr Priggen. Wir könnten doch mit weitaus geringerem Aufwand – Stichwort: Joint Implementation – den Chinesen bei der Anwendung einer auch nur mittleren Steinkohle- und Braunkohletechnik helfen. Das wäre viel preiswerter und mit erheblich größerem positivem Einfluss auf das Weltklima verbunden. Also gäbe es auch dort noch eine Möglichkeit, stärker zuzukaufen, wenn man den Ländern bei der Anwendung dieser Technik hilft.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Fragen müssen wir miteinander besprechen, statt den Eindruck zu erwecken, es ließe sich alles klein, klein erledigen.

Zum REN-Programm nur wenige Hinweise: Wir fokussieren dieses Programm neu, und es wird jährlich evaluiert. Ich kann Ihnen auch gerne vorlesen, was ab dem Jahr 2007 nicht mehr gefördert wird, zum Beispiel die Breitenförderung bei Photovoltaikanlagen, und zwar einfach deshalb, weil der Markt extrem überhitzt ist und wir nicht weiter zur Preissteigerung beitragen wollen.

Noch nicht sind wir mit dem Teil durch, der Sie besonders interessiert, nämlich dem Programmbaustein der Wärmenutzung. Der steht noch auf dem Prüfstand. Wir wollen uns das Prüfverfahren, das sehr aufwendig ist, noch einmal ansehen. Dazu hat im November ein Workshop stattgefunden. Selbstverständlich werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Wir strukturieren auch die vorhandenen Institutionen neu. Wir führen die Landesinitiative Zukunftsenergie und die Energieagentur zusammen. Wir glauben, dass das Synergieeffekte bringt und die Beratungsleistungen noch kompetenter vollzogen werden können.

Der Mittelansatz im REN-Programm wird sich nicht so schlimm auswirken, wie Sie es befürchten. Die Verpflichtungsermächtigungen sind in alter Höhe da. Wir sind im Rahmen der neuen Ziel-2-Förderung imstande, bestimmte Elemente, die ansonsten über REN gefördert worden sind auch darüber zu fördern.

Meine letzte Anmerkung: Herr Priggen, ich kann es mir nicht verkneifen: Ihre Änderungsanträge zum Haushalt – ich habe es gestern schon einmal gesagt und wiederhole es heute noch einmal – sind ökologisch und nachhaltig nur in dem Sinne, dass sie mit Luft umgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zum Teilbereich „Energie“ und eröffne die Debatte über den **Teilbereich „Landesplanung“** des Einzelplans 08.

Als erster Redner erhält Professor Bollermann von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen kurzen Aussprache zur Landesplanung geht es weniger um Finanzen; denn das Gesamtvolumen des zugehörigen Kapitels im Einzelplan 08 ist mit ca. 1 Million € vergleichsweise gering. Vielmehr möchte ich die vorgegebene Zeit nutzen, um den Fragen nachzugehen: Welche Ankündigung für den Bereich der Landesplanung hat es gegeben, und wo haben Koalition und Landesregierung getäuscht beziehungsweise enttäuscht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition ist mit zwei zentralen Ankündigungen im Bereich der Landesplanung gestartet, die inzwischen einhalb Jahre alt sind. Die erste Ankündigung war: Das noch im April 2005 vom Landtag beschlossene

ne Landesplanungsgesetz wird entsprechend novelliert. Unter anderem wurden auch noch zwei weitere Gesetze genannt, die aber in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung sind.

Die zweite Ankündigung: Der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan wird aufgehoben. Was ist die Bilanz nach eineinhalb Jahren?

Zunächst zur Novelle des Landesplanungsgesetzes! Da hierzu der Kollege Eiskirch schon in der Plenardebatte am 15. November das Entscheidende gesagt hat, will ich nur noch wenige wichtige Punkte nennen. Das RVR-Gesetz besteht materiell aus zwei Artikeln, die nur wenig miteinander verbindet. Das Landesplanungsgesetz soll erst nach der Kommunalwahl 2009 in Kraft treten, das RVR-Gesetz dagegen bereits in wenigen Monaten.

Meine Damen und Herren, die Landesplanung wird bei dieser Operation schlichtweg missbraucht. Die ab 2009 geänderte Regionalplanung ist der Deckmantel für die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet. Mehr Sinn macht diese Operation nicht.

(Beifall von Thomas Eiskirch [SPD])

Das Fazit: ein Schnellschuss, der ab 2009 gelten soll. Ich kann auch feststellen: Es wird getäuscht. Enttäuschend ist, dass bisher nicht die Chance genutzt wurde, eine wirkliche Novelle des Landesplanungsgesetzes vorzunehmen; denn die Landesplanung wird bis heute in der Substanz weder von der Koalition noch von der Regierung thematisiert, obwohl es angekündigt war.

Zum Zweiten, zum Landesentwicklungsprogramm: Angekündigt war, dass der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan aufgehoben wird. Es gäbe sicherlich einige Punkte zu materiellen Regelungen des Landesentwicklungsprogramms, über die wir im Landtag diskutieren könnten, zum Beispiel: Welche Funktionen haben Ober-, Mittel- und Unterebenen? Wie gehen wir mit den Vorrangflächen für flächenintensive Großvorhaben um? Wie gewährleisten wir Freiraumschutz und minimieren den Flächenverbrauch?

Andere Fragen sind: Wie sichern wir landesplanerisch zukünftig die Versorgung mit Kalk, Wasser, Sand und Kies? Welche Regelungen im Landesentwicklungsprogramm sind überholt und entbehrlich? Vor dem Hintergrund, dass die Regelung seit 1989 besteht, sind gewiss einige Bestimmungen überholt, und wir können sie vergessen.

Als Letztes möchte ich noch erwähnen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, im Rahmen von Entbürokratisierung auch Veränderungen vorzunehmen. Zu diesen Fragen hätten uns nach der Ankündigung der Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan die Vorstellungen der schwarz-gelben Landesregierung interessiert.

Aber, meine Damen und Herren, wie weit ist die Regierung nach diesen Ankündigungen eigentlich gekommen? Wir haben bisher lediglich einen Referentenentwurf zur Kenntnis erhalten, dass im Landesentwicklungsprogramm ein neuer § 24 a eingefügt werden soll. Dies ist keine inhaltliche Überraschung. Der Einzelhandelserlass wird damit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Im Ziel stimmen wir mit Ihnen überein. Den Schutz der Innenstädte sollten und müssen wir sogar verbessern; allerdings müssen wir auch noch über Details reden.

Mein Fazit: Enttäuschung beim Landesentwicklungsprogramm, keine konzeptionelle Arbeit an diesem Programm und nach anderthalb Jahren eine Vorankündigung für ein Minigesetz, das lediglich ein, wenn auch wichtiges Detail lösen soll. Das ist offensichtlich der einzige Punkt, den Sie umsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende.

(Beifall von der CDU)

Ministerin Thoben täuscht mit dem Entwurf des RVR-Gesetzes. Die Landesplanung wird in diesem Deckmantelgesetz dazu missbraucht, vom eigentlichen Ziel abzulenken: Schwarz-Gelb geht es um die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte. Sie enttäuscht diejenigen, denen die Landesregierung eine wirkliche Novelle des Landesplanungsgesetzes und eine Zusammenlegung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan angekündigt hat.

Dies alles hat nichts mit moderner Landesentwicklungspolitik zu tun. Eine sachgerechte und moderne Landesplanung ist für unser hoch industrialisiertes und dicht besiedeltes Land von besonderer Bedeutung. Es sind geeignete Verfahren erforderlich, um die vorhandenen Nutzungskonflikte in einen fairen Ausgleich zu bringen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Nichts davon ist bei der bisherigen Landesplanungs- und Landesentwicklungspolitik der schwarz-gelben Regierung zu erkennen. Klarer

Befund: Täuschung und Enttäuschung nach anderthalb Jahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Prof. Bollermann. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Schulte das Wort. Bitte schön.

Ich habe die herzliche Bitte, dass man sich etwas mehr an die vereinbarten Redezeiten hält.

(Beifall von CDU und FDP)

– Das gilt aber für alle Seiten des Hauses, damit das klar ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Hubert Schulte^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der letzten Beratung über das Landesplanungsgesetz und über die Landesplanung haben wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg festgestellt, wie wichtig dieses Gesetz ist. Vom Sprecher der SPD wurde genau wie heute Eile bei der vorgesehenen Novellierung eingefordert. Herr Bollermann drängte genau wie heute auf eine schnelle Vorlage der Änderungsvorschläge. Dies zeigt aus meiner Sicht, wie sehr auch von der SPD Änderungen an diesem Gesetz eingefordert werden. Das heißt aber auch klar und deutlich: 39 Jahre lang ist die dafür erforderliche Entwicklung und Fortschreibung verpennt worden.

(Beifall von der CDU)

Gerade wegen der Wichtigkeit und der Bedeutung des Landesplanungsgesetzes können wir es uns nicht erlauben, irgendwelche Schnellschüsse vorzunehmen und uns damit entsprechende Entwicklungschancen zu verbauen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber Sie wollen es doch sofort machen, Herr Kollege!)

– Herr Bollermann, noch einmal: Wir können nicht alles das, was ihr verpennt habt, innerhalb von anderthalb Jahren verändern.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Na, na! Landesplanung hat es auch vorher gegeben!)

Stellen Sie sich vor, wir würden die Reservegebiete für die vorhin schon angesprochenen großflächigen industriellen Nutzungen vorschnell aus dem entsprechenden Bereich herausnehmen, ein einmal ausgewiesenes Gebiet aufgeben. Glauben Sie wirklich, dass dann noch einmal die Möglichkeit bestehen würde, zu einem späteren Zeitpunkt ein solches aufgegebenes Gebiet wieder aufzunehmen, neu zu planen? Ich glaube nicht. Daher

gilt es, lieber ordentlich die Notwendigkeit zu überprüfen, abzuwägen und dann zu entscheiden. Das ist der richtige Weg.

Zukunftsfähige Gewerbeflächenpolitik zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. In diesem Bereich gilt es, die kommunale Zusammenarbeit zu stärken. In unserem dicht besiedelten Land müssen bereits in einem frühzeitigen Planungsstadium eventuell entstehende oder bereits vorhandene Konfliktsituationen beachtet und möglichst vermieden oder beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, in Ostwestfalen-Lippe wird in einem Modellversuch geprüft, in welchem Umfang der Bürokratieabbau erfolgen kann – ein großangelegter Versuch, der uns neue Erkenntnisse bringen soll. Ein Versuch macht aber nur dann Sinn, wenn auch die entsprechenden Ergebnisse ausgewertet und auf die Tauglichkeit für die Übertragung auf die anderen Landesteile hin überprüft werden. Unsere Wirtschaftsministerin Frau Thoben ist ein Garant dafür, dass dies in verantwortungsvoller Weise geschieht.

(Beifall von der CDU)

Sie können sich darauf verlassen, dass es mit uns keinen Gesetzentwurf geben wird, zu dem auf dem letzten Drücker, praktisch kurz vor der Verabschiedung, noch einmal mehr als 50 Änderungen eingebracht werden.

Der Gesetzentwurf für den Regionalverband Ruhr liegt vor. Es ist ein Schritt, diesem Raum eine größere Selbständigkeit zu geben und gleichzeitig eine Planung aus einem Guss zu ermöglichen. Internationale Vermarktung von Flächen, Gebietsentwicklungsplanung und weitere direkt das Ruhrgebiet betreffende Punkte werden dem RVR übertragen. Diese Aufgaben sind heute nicht mehr kleinräumig zu lösen. Kirchturmdenken passt nicht mehr in die heutige Zeit.

(Beifall von der CDU)

Wir vertrauen auf die Sach- und Ortskenntnis und das Verantwortungsbewusstsein der örtlichen Entscheidungsträger.

Der ländliche Raum wird von uns als eigenständiger Entwicklungsraum gesehen. Dieser Teil unseres Landes kann nicht als Anhängsel von Großstädten betrachtet werden.

(Beifall von der CDU)

Er hat vielfältige eigene Aufgaben und Interessen. Dementsprechend gilt es aber auch, diese zu benennen und bei der Landesplanung zu berücksichtigen.

sichtigen. Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft, Freizeitnutzung und Erholung sind Themenbereiche, die von vielen mit dem ländlichen Raum gleichgesetzt werden.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Im ländlichen Raum sind aber auch eigene Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten wie für die Großstädte vorzusehen. Es heißt auch dort, Arbeitsplätze und Wohnungen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Koalitionsvertrag entsprechend die Umsetzung von europäischem Recht in Bundesrecht 1:1 vornehmen. Die noch kurz vor der Wahl im April 2005 in aller Eile beschlossenen Gesetze werden von uns novelliert.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann?)

Das Landesplanungsgesetz wird im nächsten Jahr geändert. Am Ende des Jahres werden wir ein Landesplanungsgesetz haben, das den Aufgaben der Zukunft gerecht wird.

(Beifall von der CDU)

Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder fit für den nationalen und internationalen Wettbewerb. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

Reiner Priggen^{*} (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ermahnung des Präsidenten eingedenk, möchte ich es schnell machen.

Bezüglich des Flächenverbrauchs wissen wir alle, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Moment täglich etwa 15 ha verlieren, also im Jahr rund 5.000 ha. Das ist in etwa die Fläche von Schwerte oder Korschenbroich. Im bundesdeutschen Maßstab liegen wir in Nordrhein-Westfalen mit 22 % Siedlungs- und Verkehrsfläche relativ weit vorne. Wenn das so weitergeht, dann haben wir bald mehr Verkehrs- und Siedlungsfläche als Wald, denn dort liegen wir bei 26 %. Dies wird auch in Sonntagsreden der CDU- und FDP-Regierung gesagt.

Es ist jedoch seit anderthalb Jahren nicht im Ansatz erkennbar, was Sie machen. Auch aus dem, was Herr Schulte gerade ausgeführt hat, ist für mich nicht ersichtlich, wohin die Reise geht. Mit dem, was Sie machen, gehen Sie sogar einige

Schritte zurück. Herr Vesper hatte klare Vorgaben gemacht, nämlich geförderter Eigenheimbau nur bei Grundstücken ab 400 m² und geförderter Mietwohnungsbau nur in der Nähe von Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs. Das alles hat Herr Wittke wieder abgeräumt, und zwar gegen den Sach- und Fachverstand derjenigen, die damit zu tun haben. Sie eröffnen damit der Zersiedlung Tür und Tor, anstatt das ein Stück weit an ÖPNV und anderes zu binden. Das war keine Kostenfrage, sondern aus unserer Sicht Unfug, wenn man das mit dem Flächenverbrauch ernst nimmt.

Bezüglich des Kiesabbaus wissen Sie, dass wir im Prinzip am Niederrhein unsere Flächen ausplündern. Die Holländer machen eher eine Vorratspolitik. Wir sollten viel stärker überlegen, ob wir nicht in anderen Bereichen mehr Potentiale haben, nämlich dort, wo wir im Tagebau das Material zum Teil ungenutzt wieder in den Abraumschütten, anstatt die Flächen intensiv zu nutzen.

Ich habe mit einer gewissen Freude die Ankündigung der Ministerin zum Gesetzentwurf bezüglich des großflächigen Einzelhandels gelesen. Hierauf bin ich wirklich gespannt. Hier haben Sie unsere Unterstützung, wenn der Wildwuchs eingedämmt wird, denn das geht zulasten der Innenzentren. Was am Rande von Ostwestfalen-Lippe, in Diemelstadt passieren soll, ist aus meiner Sicht der größte Unfug, den man machen kann. Das ruiniert reihenweise die Innenstädte.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Ich weiß gar nicht, warum die FDP das im Kabinett mitgemacht hat. Ich bin gespannt auf die Debatte, ob das so geht, was wir in der Sache unterstützen würden. Normalerweise dürfte die FDP dem nie zugestimmt haben. Entweder haben die Minister geschlafen, oder die Fraktion haben sie zurückgeholt. Gegen Ihren ordnungspolitischen Kompass muss das doch um Hunderte von Grad verstoßen. Insofern bin ich auf die Debatte gespannt. Da wir noch viel Zeit haben, darüber zu diskutieren und kurz vor Weihnachten sind, möchte ich dem Präsidenten folgen und zwei Minuten Redezeit einsparen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. Ich bin Ihnen sehr dankbar. – Herr Ellerbrock hat für die FDP das Wort. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bollermann, in einem Punkt gebe ich Ihnen Recht: Landesplanung

hat keinen merkantilen Stellenwert, was den Haushalt selbst angeht, aber die Wirkung kann groß sein.

„Täuschen“ und „Tarnen“ sind keine Vokabeln, die ich verwende. Wenn Sie aber der Landesregierung den Vorwurf machen, zu täuschen, dann sollten Sie bedenken, dass, wenn man mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, drei Finger auf einen selbst zurückzeigen. Sie, die SPD, waren es, die 2001 gesagt haben: Wir führen Landesentwicklungsplanung und Landesentwicklungsprogrammgesetz zusammen. Sie haben von 2001 bis 2005, also viereinhalb Jahre, geschlafen, angekündigt und nichts getan. Nun müsste ich in Ihrer Diktion sagen: täuschen und enttäuschen. Null Aussage!

Sie sagen, die Ministerin hat zum Landesplanungsgesetz etwas angekündigt. Dass Sie als SPD die Begriffe „Änderung“ und „Landesplanungsgesetz“, ohne zu stottern, über die Lippen bringen vor dem Hintergrund, dass Sie bei der letzten Änderung des Landesplanungsgesetzes diesem Hause mehr als 50 redaktionelle Änderungen zugemutet haben, ist ein starkes Stück. Hier finde ich es besser, es lieber ein bisschen langsamer, aber dafür vernünftiger zu machen. Aber, Frau Ministerin, eingefordert ist dies; das muss auf den Tisch.

Herr Priggen hat gesagt, wir müssten uns um mehrere hundert Grad drehen. Das wäre ja ein Kreiselkompass, Herr Kollege. Der Kreiselkompass hat aber den Vorteil, dass er – kardanisch aufgehängt – auch bei Schieflagen genauen Kurs angibt. Sie haben völlig Recht: Das machen wir bei der FDP; da haben wir einen völlig klaren Kurs.

(Beifall von der FDP)

Natürlich müssen wir deutlich sagen, Frau Ministerin: Wenn wir die Innenstädte stärken wollen – auch da sind wir sogar bei Ihnen –, müssen wir schauen, ob in der Innenstadt Flächen für den großflächigen Einzelhandel tatsächlich verfügbar sind. Man muss überlegen, ob randstädtische Lagen nicht eventuell einbezogen werden können. Das ist, glaube ich, nicht ganz so einfach. Auch wenn es von der Theorie her sehr einfach wirkt, kann in der Praxis noch einiges dazwischenkommen.

Ich bin nicht derjenige, der der sektoralen Fachplanung das Wort redet. Ich glaube, dass die Landesplanung nur dann eine Berechtigung und wirkliche Steuerungswirkung hat, wenn wir es schaffen, den integrativen Ansatz nicht nur auf ministerieller Ebene zu formulieren, sondern ihn vor Ort in enger Motivation mit den Regionalräten,

die manchmal auch gegen die Landesregierung und die Bezirksregierung agieren, wirklich durchzusetzen. Es kann nicht sein, dass vor Ort gegen die landesplanerischen Zielsetzungen gehandelt wird.

Zum Bereich der Rohstoffwirtschaft. Den Bericht haben Sie vorgelegt. Schönen Dank, das ist eine gute Arbeitsgrundlage. Jetzt kommt die Umsetzung, bei der es um die Planungszeiträume von zweimal 25 Jahren oder 30 Jahren geht. Frau Ministerin, um eines bitte ich Sie eindringlich: Lassen wir die akademische Selbstbefriedigung der Diskussion über Angebots- und Bedarfsplanung usw. Es geht nur um eine Flächensicherung. Was gebraucht wird, wird gebraucht und abgebaggert. Deswegen können wir einen möglichst langfristigen Zeitraum bestimmen, indem wir hochrechnen, was in den letzten fünf bis zehn Jahren wirklich verbraucht wurde, und nicht solche akademischen Diskussionen. Die Niederländer sind da übrigens sehr viel praktischer.

Aber, Herr Kollege Priggen, ich unterstütze Ihre Forderung: Lasst uns die Ressourcen sinnvoll nutzen. Nur: Leider ist es so, dass große Teile des Braunkohlekieses nicht als Betonkies geeignet sind. dort haben wir große Chancen, auch wenn sich da gleichwohl vielleicht noch etwas machen lässt. Da sehe ich wirklich Chancen.

Herr Prof. Bollermann, Sie sprachen die Zukunftsorientierung der Landesplanung an. Das Erste, was Sie gesagt haben, ist: Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren. Herr Prof. Bollermann, diese Einteilung interessiert nicht einmal mehr meine tote Oma. Das war eine Einteilung aus dem Jahre 1975 – Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 –: SPD-Finanzsteuerung zentral vom Land aus für die Kommunen. Dies zeigt, dass Sie noch in einem Feldversuch der Planwirtschaft verhaftet sind.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Eieiei!)

Der planwirtschaftliche Feldversuch ist mit dem Niedergang der DDR beendet. Das interessiert keinen mehr; das wollen wir nicht. Diese Regierung ist dafür angetreten, den Kommunen Chancen zu eröffnen, sich in ein Gesamtes einbinden zu können. Aber wir wollen keine Planungskategorien wie Ober-, Mittel- und Unterzentren. Auch in der Wissenschaftstheorie interessiert das überhaupt keinen mehr. Danke schön, dass ist der Weg nach vorne zurück in die Zukunft. – Nein, nicht in die Zukunft. Der Weg in die Zukunft liegt bei Ihnen mit einer solchen Argumentation in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt, den wir noch einmal ansprechen sollten, ist: Wie geht es eigentlich weiter? – Wichtig war, was der Kollege Schulte eben noch einmal dargestellt hat: Wir haben jetzt mit der Landesplanung die Chance, eine der wesentlichen Zielrichtungen dieser schwarz-gelben Koalition aufzuarbeiten und den ländlichen Raum nicht als Restfläche der Verdichtungsgebiete für Sondermülldeponien, Wasserschutzgebiete, ökologischen Ausgleichsraum usw., sondern als einen eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum zu definieren.

Ihr Haus hat den Begriff Kulturlandschaft geprägt. Dazu können wir Aussagen machen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Ich jedenfalls bin gespannt darauf, was aus Ihrem Hause kommen wird, und hoffe, dass es Ihnen gelingt, dem Parlament nicht die Zumutung aufzuerlegen, wie es die SPD mehrfach gemacht hat, mehr als 50 redaktionelle Änderungen wie beim Landesplanungsgesetz vornehmen zu müssen, weil geschlampt worden ist. Das sollten wir sein lassen.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, frohe Weihnachten und einen Ihren Wünschen entsprechenden Jahreswechsel! – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Frau Ministerin Thoben, Sie haben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur wenige Anmerkungen: Wir haben einen Einzelhandelserlass im Kabinett verabschiedet. Das Papier ist mit vielen vorbesprochen worden. Im Moment haben die kommunalen Spitzenverbände die Gelegenheit, den Gesetzentwurf mit Anmerkungen zu versehen. Die Meldefrist läuft morgen ab. Wenn nicht sehr viel kommt, dann sind wir imstande, das im Laufe des Januar vorzulegen, damit die Einbringung in den Landtag und die Plenarberatung erfolgen können. Das zum Einzelhandel.

Bei der Rohstoffplanung sieht es so aus, dass wir einen Bericht – den haben wir auch ins Internet eingestellt – vorgelegt haben. Wir haben einige Ziele formuliert, die wir sehr bald umsetzen müssen, zum Beispiel Flächensicherung in Form von Vorranggebieten oder die Orientierung an einer Bedarfsdeckung. Dabei muss man noch überlegen, ob die Anzahl der Jahre richtig festgelegt ist beziehungsweise ob man es so machen sollte wie früher oder anders; das werden wir alles tun.

Dazu liegen uns Stellungnahmen vor, die wir derzeit auswerten. Auch der Dialog „Wirtschaft und Umwelt NRW“ arbeitet an einer gemeinsamen Position, die den Prozess der Neuordnung unserer Regularien unterstützen soll. Diese finden sich dann im neuen Landesentwicklungsplan wieder.

Was die Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan angeht, so sind hier einige wichtige Anmerkungen gemacht worden. Wir sind dabei, die Präzisierung der Ziele voranzutreiben. Für den Einzelhandel haben wir es probiert, bei der Rohstoffsicherung sind wir noch dran. Im Fokus der weiteren Präzisierung stehen Gewerbeflächenkonzepte, Standorte für die Energiewirtschaft und die Definition von Kulturlandschaftsgebieten.

Wir wissen, dass viele alte Aussagen allein schon deshalb nicht mehr stimmen können, weil die demografische Entwicklung viele Dinge anders beeinflussen wird, als wir sie bisher geordnet haben. Wir sind sicher, dass wir das hinbekommen werden. Im Frühjahr nächsten Jahres – so die Planung – werden die Eckpunkte im Kabinett zu verabschieden sein, sodass wir dann, wie wir hoffen, im Frühsommer das Plenum erreichen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Wir sind damit am Schluss der Beratung zum Einzelplan 08.

Wir kommen zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 08**, erstens über die Änderungsanträge, die Ihnen in der bekannten Tischvorlage mit den laufenden Nummern 74 bis 76 vorliegen.

Ich beginne mit der laufenden Nummer 74, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3237**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und SPD. Aha! Dann ist der Antrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Laufende Nummer 75, auch ein **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3238**: Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, SPD. Der Antrag ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 76, auch ein **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3239**: Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses: CDU, FDP und SPD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung 14/3008**. Wer dieser Beschlussempfehlung und damit dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Damit ist der Einzelplan 08 in zweiter Lesung **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Einzelplan aufrufe, gebe ich der Präsidentin des Landtages, Frau van Dinther, das Wort.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, da so etwas sehr selten vorkommt, möchte ich Ihnen von dieser Stelle aus mitteilen, dass unsere Vizepräsidentin Angela Freimuth gestern ihr Kind zur Welt gebracht hat.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist ein kleiner Junge: 4.100 g, 57 cm. Mutter und Kind sind gesund. Ich habe im Namen des Hauses gratuliert. – Danke schön.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese gute Nachricht.

Wir treten jetzt wieder in das Tagesgeschäft ein und kommen zu **Einzelplan 14:**

Ministerium für Bauen und Verkehr

Hier gibt es den Teilbereich Städtebau und Wohnen sowie den Teilbereich Verkehr. Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3014 vorliegt. Zudem gibt es Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben die laufenden Nummern 77 bis einschließlich 87 in der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“**.

Die Debatte wird von der SPD-Abgeordneten Frau Ruff-Händelkes eröffnet.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behandlung des Haushaltsentwurfes 2007 für die Bereiche Stadtentwicklung und Bauen steht am Ende dieser beiden Plenartage. Das entspricht ganz und gar der Bedeutung, die die Landesregierung diesen bei-

den Bereichen zukommen lässt – einer sehr untergeordneten Bedeutung.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, unterbrechen Sie Ihre Rede bitte kurz. – Ich halte es für ziemlich unhöflich von Ihnen, meine Damen und Herren im Saal, dass Sie, wenn Sie schon an der Debatte nicht teilnehmen wollen, das Ganze dann auch noch mit Ihrem Gerede begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Verlassen Sie doch bitte ruhig und schweigend den Sitzungssaal.

Bitte, Frau Ruff-Händelkes.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Meine Damen und Herren, hier wird zum wiederholten Male durch die schwarz-gelbe Landesregierung weniger gestaltet, weniger investiert und immer mehr eingespart. Das trifft in allererster Linie das Landeswohnungsbauvermögen, das dazu da ist – jetzt hören Sie bitte gut zu, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen –, die Menschen in diesem Land mit adäquatem Wohnraum zu versorgen und Innovationen voranzutreiben, beispielsweise zur Energieeinsparung. Hier nagt nach jahrzehntelangem Aufbau heute nicht mehr der Zahn der Zeit, sondern die schwarz-gelbe Karies, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

So sind ab dem Jahre 2000 erstmalig die Anteile des Bundes an den Zinsrückflüssen für die Wohnungsbaudarlehen zu zahlen. Dies geschieht nicht etwa aus dem Landeshaushalt, sondern aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

Weiter entfallen die bisher üblichen Landeszuschüsse von 25 Millionen € an das Wohnungsbauvermögen.

Die nächste Attacke auf das Landeswohnungsbauvermögen – diesen Begriff werden Sie heute Abend noch öfter hören, meine Damen und Herren – erfolgt durch die vierte Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes. Im kommenden Jahr soll der Grundstücksfonds ebenfalls in einer Höhe von rund 25 Millionen € aus den Überschüssen der Wohnungsbauförderungsanstalt finanziert werden. Diese Überschüsse gingen bisher in einen anderen Topf. Sie dürfen raten, in welchen Topf – in das Landeswohnungsbauvermögen!

Herr Minister Wittke, den Grundstücksfonds haben Sie dem Wirtschaftsministerium überlassen,